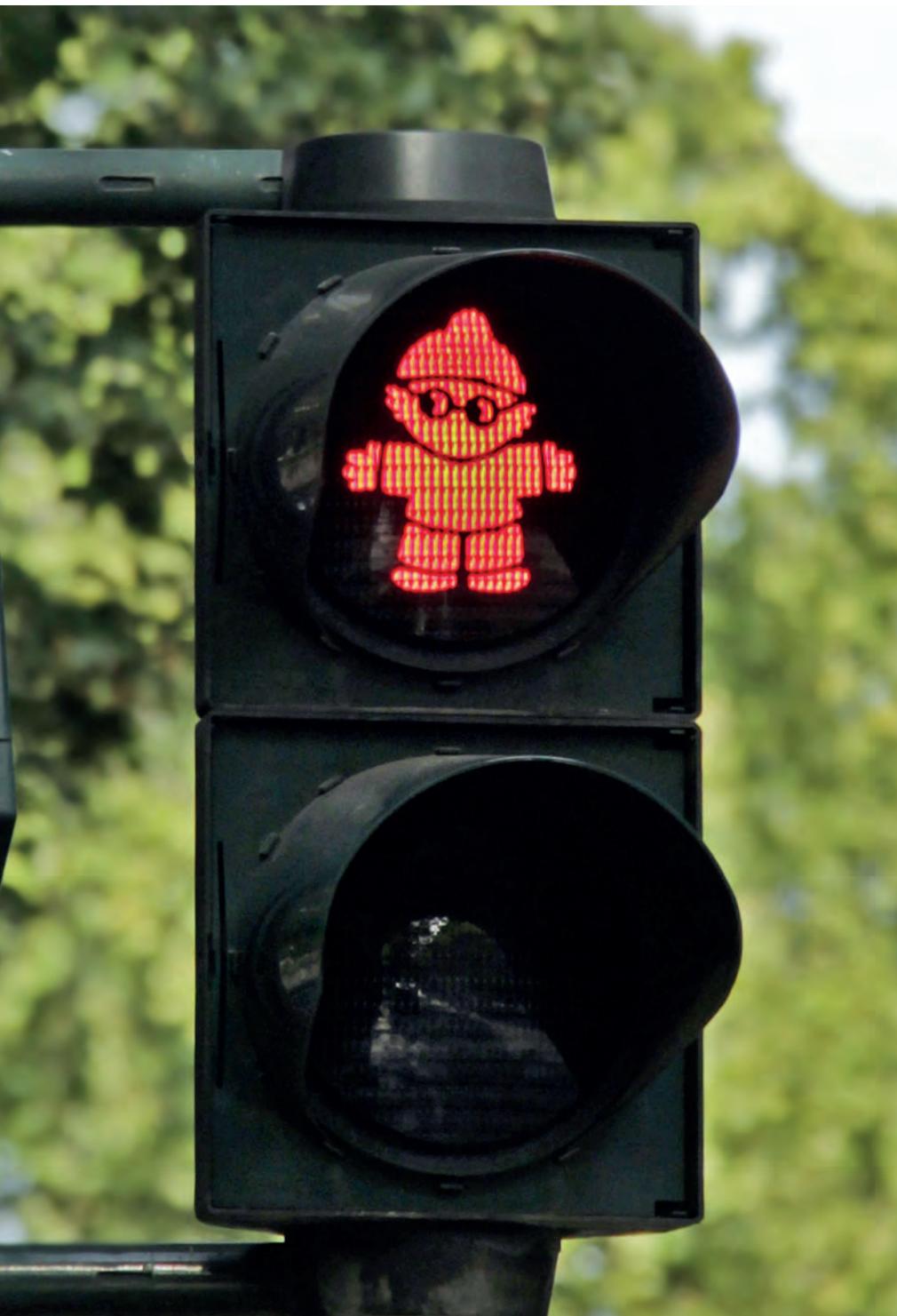


Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4 Standpunkt**
Stillstand statt nötige
Modernisierung des
Straßenverkehrsgesetzes
- 12 Forschung & Publikationen**
Neue #Klimahacks:
Schritt für Schritt zu mehr
Klimaschutz
- 21 Neue Projekte**
Suffizienz und Wohnflächen:
Reduktion des Pro-Kopf-
Verbrauchs fördern
- 29 Veranstaltungen**
Wohnen und Arbeiten in
produktiven Stadtquartieren

Editorial

Standpunkt

- 4 Stillstand statt nötige Modernisierung des Straßenverkehrsgesetzes

Forschung & Publikationen

- 6 Peer-Learning – effektiver Schlüssel für eine erfolgreiche Klimaanpassung?
- 7 Stromnetzausbau vor Ort: Kommunen sind wichtige Dialogbrücken
- 8 Umfrage: Aktuelle Herausforderungen für die Arbeit der Jugendämter
- 9 Umweltgerechtigkeit im Programm „Sozialer Zusammenhalt“
- 10 Moderne Stadtgeschichte: Stadtrevier, Polizei und Sicherheit im Fokus
- 12 Neue #Klimahacks erschienen: Schritt für Schritt zu mehr Klimaschutz

Neue Projekte

- 13 Fördersystem auf dem Prüfstand
- 13 Bauhaus Participation Lab
- 14 Klimaschutz finanzieren
- 14 Digitalisierung im Verkehr
- 15 Klimaaktive Kommune
- 15 SDG-Bericht für Ghana
- 21 Suffizienz und Wohnflächen
- 21 Stadt-regionale Klimaanpassung

Veranstaltungen

- 22 Veranstaltungsvorschau
- 23 Die Folgen des Klimawandels für die Sicherheit in Städten
- 24 Wie vertragen sich erneuerbare Energien und Denkmalschutz?
- 25 Internationales Städtenetzwerk: Diskussion über Superblocks
- 26 Einstieg in die kommunale Wärmeplanung
- 27 Von der Strategie in die Umsetzung der Innenentwicklung
- 28 Fachdebatte über Spezialisierung und Generalisierung im Jugendamt
- 29 Wohnen und Arbeiten in produktiven Stadtquartieren

Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich ein Balkonkraftwerk?
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwender
- 20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
- 31 Hansestadt Lüneburg – zwischen mittelalterlichem Flair und Moderne
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Inter-/Extranet des Difu
- 35 Difu-Presseresonanz

Editorial



Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

den Deutschen Städtetag und das Difu verbindet seit mehr als 50 Jahren eine enge Partnerschaft und Zusammenarbeit. Die Initiative zur Gründung des Difu entstand Anfang der 1970er-Jahre aus der Mitte des Deutschen Städtetages. Uns verbindet die Überzeugung, dass die Städte mit ihren Bürgerinnen und Bürgern ein zentraler Ort gelebter Demokratie, gesellschaftlichen Miteinanders und menschlicher Toleranz sind. Wenn diese zentralen Werte in Gefahr sind – was durch die Berichterstattung über ein Zusammentreffen in einer Potsdamer Villa und die dabei gemachten rechtsextremistischen Äußerungen offenbar wurde –, müssen diejenigen, die politische Verantwortung in unseren Städten tragen, Haltung zeigen. Wir, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Difu, sind froh und dankbar, dass der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages dies in seiner Trierer Erklärung im Januar unmissverständlich getan hat. Im letzten Absatz dieser Erklärung heißt es:

„Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in letzter Zeit in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.“

Seit dem 1. Januar hat der Forschungsbereich „Stadtentwicklung, Recht und Soziales“ im Difu eine neue Leiterin. Nachfolgerin des aus Altersgründen ausgeschiedenen Prof. Dr. Arno Bunzel ist Ricarda Pätzold. Die Stadtplanerin ist nicht neu am Difu, sie arbeitet bereits seit 2013 am Institut. Aus dieser Zeit kennen viele Verantwortliche aus den Städten ebenso wie unsere wissenschaftlichen Kooperationspartner Ricarda Pätzold als renommierte Expertin für Wohnungspolitik, Innenstadtentwicklung oder Bodenpolitik. Wir sind sicher, dass Ricarda Pätzold in dem „traditionellsten“ Forschungsbereich des Difu die erfolgreiche Arbeit ihres Vorgängers fortführen wird. Wir stellen sie in diesem Berichteheft auf Seite 32 noch etwas näher vor.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Prof. Dr. Carsten Kühl

Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Stillstand statt nötige Modernisierung des Straßenverkehrsgesetzes

Die Reform des Straßenverkehrsgesetzes liegt auf Eis und blockiert damit die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen, zukunftsorientierte Maßnahmen für die notwendige Verkehrswende vor Ort umzusetzen.

Die Reform des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) sowie der nachgeordneten Straßenverkehrsordnung (StVO) sollte eines der großen Reformvorhaben der Bundesregierung werden. Im Koalitionsvertrag wurde verankert, dass es Städten und Gemeinden zukünftig möglich sein soll, „Ziele des Klima- und des Umweltschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung“ bei der Anordnung straßenverkehrsrechtlicher Maßnahmen zu berücksichtigen. Was hier relativ nüchtern klingt, hätte in den Städten weitreichende Folgen haben können. Einige Fachleute der Bereiche Recht und Verkehr bezeichneten es als Beginn eines „Paradigmenwechsels“. Denn das StVG bildet die Basis für die Benutzungsregeln öffentlicher Straßen und die Regulierung des Verkehrs durch lokale Behörden. Mit den Änderungen hätten Kommunen erhebliche Handlungsspielräume gewonnen. Kommunen – als Kenner der Situation vor Ort – wären damit in der Lage gewesen, Mobilität zu gestalten und den Verkehr situationsgerecht zu steuern.

Doch es kam anders. Die vom Bundestag im Herbst vergangenen Jahres beschlossenen Änderungen am Straßenverkehrsgesetz konnten im Bundesrat im November nicht die erforderliche Mehrheit erreichen – und das, obwohl der Entwurf im Vorfeld die einstimmige und parteiübergreifende Zustimmung aller Verkehrsminister*innen der Länder erzielt hatte! Die geplante Novellierung wurde somit vorerst gestoppt. Die Enttäuschung in den Kommunen ist entsprechend groß.

Der Hintergrund ist, dass die Kommunen aktuell in einem sperrigen, rechtlichen Rahmen agieren, der es ihnen kaum ermöglicht, die erforderliche und geforderte Verkehrswende vor Ort ohne langwierige bürokratische Verfahren voran zu bringen. Sollen die Kommunen die Verkehrswende maßgeblich mitgestalten, Ziele des Klimaschutzes erreichen und gleichzeitig die Mobilität der Menschen sichern, benötigen sie einen gesetzlichen Rahmen, der bisherige Rechtsunsicherheiten abschafft und ihnen den dafür notwendigen Handlungsspielraum einräumt.

Aktuell ist der Entscheidungsspielraum der Kommunen bei verkehrsrechtlichen Anordnungen vor allem dadurch begrenzt, dass das

Straßenverkehrsrecht, als Recht zur Gefahrenabwehr, fast ausschließlich darauf ausgerichtet ist, die „Sicherheit und Leichtigkeit“ des Verkehrs zu schützen. In der Praxis bedeutet das bislang eine Priorisierung des Kfz-Verkehrs, dem sich alle anderen Verkehrsformen unterordnen müssen.

Auch die Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ belegt den mangelnden Handlungsspielraum und wachsenden Handlungsdruck in den Kommunen eindrucksvoll. Im Juli 2021 gestartet, engagieren sich mittlerweile über 1000 Städte, Gemeinden und Landkreise für mehr Entscheidungsfreiheit vor Ort. Die Initiative fordert vom Bund, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kommunen Tempo 30 innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten. Derzeit ist eine solche Anordnung an Hauptverkehrsstraßen nur eingeschränkt und erst nach Nachweis einer konkreten Gefährdungslage oder im Umfeld von sensiblen Einrichtungen wie beispielsweise vor Kitas oder Schulen möglich. In vielen Fällen muss, zynisch zugespitzt, erst ein Unfall geschehen, bevor Tempo 30 angeordnet werden kann.

Mit der Modernisierung des Gesetzes sollten für Kommunen zwei wesentliche Neuerungen eingeführt werden. Im StVG hätten nun auch Belange des „Umwelt- und Klimaschutzes, des Gesundheitsschutzes sowie der städtebaulichen Entwicklung“ straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen begründen können. Abgeleitet aus dem novellierten StVG wurden in der StVO insbesondere drei Anwendungsfälle genannt, in denen sich die Gestaltungsspielräume der Kommunen maßgeblich verbessert hätten: Einrichtung von Busspuren, Ausweisung von Flächen für den Fuß- und Radverkehr, Parkraumbewirtschaftung. Insbesondere für den Umweltverbund – also ÖPNV, Fuß- und Radverkehr, Car- und Radsharing, Mitfahrzentralen etc. –, der sowohl für die Erreichung der Klimaziele als auch der Verkehrswende vor Ort eine zentrale Rolle spielt, hätte es Erleichterungen eröffnet. Vielen Kommunen ging der Reformvorschlag nicht weit genug. Das betrifft insbesondere die Vorgaben zur Ausweisung von Zonen der Parkraumbewirtschaftung sowie der Anordnung von Tempo 30. Dennoch war die geplante Novelle ein Schritt in die richtige Richtung und hätte vor allem



Foto: Marcus Sielaff, Difu

•
Dipl.-Geogr.
Anne Klein-Hitpaß
+49 30 39001-260
klein-hitpass@difu.de



Foto: Adobe Stock, Timelynx

künftigen Verbesserungen den Weg geebnet. Auch für den Deutschen Städtetag war die Reform „nicht der große Wurf, den die Städte sich gewünscht hätten“, aber ein solider, erster Schritt zu mehr Entscheidungsspielraum bei der Gestaltung von Mobilität.

Wie konnte nun ein Reformvorschlag scheitern, der die parteiübergreifende Akzeptanz aller Verkehrsminister*innen der Länder hatte, von über 1000 Städten, Gemeinden und Landkreisen – ebenfalls parteiübergreifend – gefordert sowie einer Vielzahl von Verbänden und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen getragen wurde? Die Antwort ist sicherlich eher von Partei- und Machtpolitik getragen als sachlich begründet und angesichts des aktuellen verkehrspolitischen Diskurses auch wenig überraschend. Begründet wurde die Kehrtwende im Bundesrat durch die blockierenden Bundesländer damit, dass die Ziele der Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs aufgeweicht würden, wenn weitere Schutzziele wie beispielsweise der Umwelt- und Klimaschutz in das StVG und die StVO aufgenommen würden. Diese Begründung erweist sich jedoch als wenig schlüssig, denn der Schutzzweck „Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs“ wäre durch die Änderungen im Gesetz gar nicht eingeschränkt worden.

Es sind ohnehin schon schwierige Zeiten für die deutschen Städte. Die Herausforderungen werden vielfältiger und sie werden komplexer. Die Verkehrswende ist nur eine davon. Wenn Kommunen die Verkehrswende vor Ort gestalten und umsetzen sollen, gilt es, sie einzubinden und sie

bei diesen anspruchsvollen Aufgaben zu unterstützen. Mit dem Stopp der Verkehrsrechtsreform wurde genau das nicht getan. Eine Chance wurde (vorerst?) vertan. Doch nicht das Warten auf die große Lösung, die es ohnehin nie gibt, wird hilfreich sein, sondern das pragmatische Handeln. Gerade in Zeiten, in denen das Geld knapp ist und Mehrheiten schwieriger zu organisieren sind, kann der Bund Gestaltungsfreiheiten schaffen, die nahezu nichts kosten, aber einen hohen Nutzen für die notwendige Transformation unseres Verkehrssystems haben. Genau aus diesem Grund sollte die Bundesregierung jetzt retten, was noch zu retten ist und alles daransetzen, die Modernisierung des StVG noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden.

Hierfür können Bundestag und Bundesregierung den Vermittlungsausschuss anrufen. Dies wäre die Chance, doch noch eine Einigung zu erzielen – wofür dann allerdings erneute Abstimmungen und Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat erforderlich sind. Und da beißt sich die Katze in den Schwanz: Solange kein klarer Wille auf der Bundesebene erkennbar ist, diesen Prozess voranzutreiben und Rechtssicherheit für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik auf kommunaler Ebene zu schaffen, haben die Kommunen und die zukunftsfähige Gestaltung des Verkehrssystems das Nachsehen. Die Verkehrswende findet dann woanders statt.

zum Weiterlesen

Klimareporter:
Bundesrat stoppt Paradigmenwechsel im Verkehr (2023)

➔ www.t1p.de/603i5

Verfassungsblog:
Gesucht: Straßenverkehrsrecht für die Zukunft (2023)

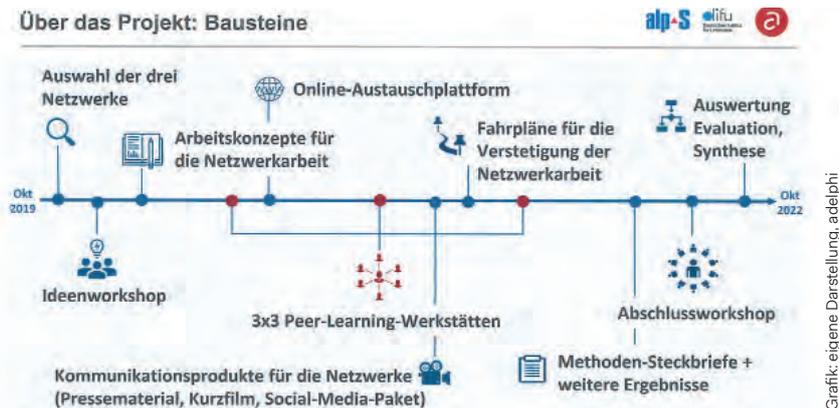
➔ www.t1p.de/qxp19

Agora Transport
Transformation gGmbH:
Vorläufige rechtliche Einordnung zur Reform des Straßenverkehrsrechts (2023)

➔ www.t1p.de/1lvqe (PDF)

Peer-Learning – effektiver Schlüssel für eine erfolgreiche Klimaanpassung?

In einer Gemeinschaftsstudie untersuchten das Difu, adelphi und alpS am Beispiel kommunaler Netzwerke, wie eine Verstetigung von Lern- und Austauschprozessen die Klimaanpassungspraxis in die Breite tragen kann.



i Wesentliche Arbeitsschritte im Projekt

Das Forschungskonsortium aus adelphi, AlpS und dem Difu analysierte in drei regionalen Netzwerken die Etablierung von Klimaanpassungsmaßnahmen. In dem vom Umweltbundesamt beauftragten Projekt „Kommunen vernetzen. Peer Learning zwischen Kommunen stärken und Anpassungskapazitäten erhöhen“ lag der Fokus auf der Konzeption, Moderation und Aufbereitung unterschiedlicher Austauschformate innerhalb und zwischen Netzwerken. Ziel des Projekts war es, Möglichkeiten, Grenzen und Herausforderungen der Netzwerkarbeit für die Klimaanpassung zu untersuchen. Eine zentrale Frage: Kann Kommunen – unterschiedlicher Größe und Erfahrung – durch Peer-Learning und Netzwerkarbeit der Einstieg in die Klimafolgenanpassung gelingen und zugleich Motivation und Befähigung wachsen? Ausgangspunkt war die Annahme, dass in vielen bestehenden Netzwerken oft Vorreiter-Kommunen existieren, von denen weniger erfahrene Netzwerkpartner*innen profitieren können. Untersucht wurde, welche Rolle und Bedeutung dieses Voneinanderlernens für die Entwicklung und die Etablierung von Anpassungsmaßnahmen haben kann.

In einer Online-Recherche konnten 130 Netzwerke identifiziert werden, deren Fokus auf Themen wie Klimaschutz, Energie oder Nachhaltigkeit lag. 53 dieser Verbünde waren nachweisbar aktiv, aber das Thema Anpassung spielte (noch) keine wesentliche Rolle. Die Netzwerke Klimaanpassung Bodensee und Oberschwaben, Emsland und Schleswig-Holstein wurden für die Forschungsbegleitung ins Projekt aufgenommen. Entsprechend der unterschiedlichen Ansprüche, Wissensstände und Ziele der Netzwerke wurden in der Umsetzung

durch das Konsortium auch verschiedene thematische Fokussierungen und Methoden bei der Zusammenarbeit gewählt.

Für die drei Netzwerke bestätigte sich, dass die Förderung von Engagierten, Strukturen und Projekten unerlässlich ist, wenn Akteur*innen eine Bewusstseinsbildung zur Klimaanpassung und Umsetzung von Maßnahmen gelingen soll. Diese Investition lohnt sich, damit unterschiedliche Zielgruppen erkennen, dass ein akuter fach- und akteursübergreifender Handlungsbedarf besteht. Als hilfreich zeigte sich, dass die unterschiedlichen Netzwerke für sich ihre nächsten Schritte in „Fahrplänen“ festhielten. Für kleinere Städte und Gemeinden gelten dabei andere Rahmenbedingungen als für Großstädte. Die Projektarbeit zeigte, dass die verfügbaren Angebote guter Praxis sowie Beratungsangebote auf Bund- und Länderebene primär von denjenigen Städten, Kreisen und Gemeinden abgerufen werden, die über eine entsprechende Größe, Personal und Arbeitsstrukturen verfügen. Bei der Umsetzung in den drei Netzwerken erwiesen sich Peer-Learning-Methoden als wichtige Instrumente des Wissenstransfers. Zudem zeigte sich, dass das Konzept des Vernetzens und Voneinanderlernens richtig gewählt ist, um neue Zugänge und Themenfelder im Bereich der Klimaanpassung zu erschließen und Anpassungskapazitäten zu steigern. Eine Garantie für den schnellen Einstieg in konkrete Projekte und Maßnahmen vor Ort geben jedoch auch Netzwerke nicht. Vernetzen und voneinander lernen sind gut und richtig gewählt, um Argumente zusammenzuführen, Synergien zu nutzen und auf kommende Krisen besser vorbereitet zu sein.

→ www.difu.de/13348
www.difu.de/18284

o Dr. Elke Bojarra-Becker
+49 30 39001-330
bojarra@difu.de

Dipl.-Geogr. Luise Willen
+49 221 340308-19
willen@difu.de

Stromnetzausbau vor Ort: Kommunen sind wichtige Dialogbrücken

Die Energiewende findet in den Kommunen statt. Wie diese ihre Rolle in der Öffentlichkeitsbeteiligung finden und ausfüllen und welche Handlungsmöglichkeiten sie haben, beleuchtet eine aktuelle Difu-Veröffentlichung.

Städte, Gemeinden und Landkreise geraten bei der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Ausbau der Übertragungsnetze in ein Spannungsfeld widersprüchlicher Anforderungen und Erwartungen. Sie haben einen Beitrag zu dem von der Bundesregierung gesteckten Ziel der Energiewende zu leisten, das in der konkreten Umsetzung nicht zwangsläufig kommunalen Interessen entspricht. Gleichzeitig sind sie mit Ängsten und Protesten seitens der Menschen vor Ort konfrontiert. Wie Kommunen mit unterschiedlichen Erwartungen und daraus resultierenden Widersprüchen umgehen und sich positionieren, beleuchtet eine neue Veröffentlichung.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) setzte gemeinsam mit dem Centrum für Umweltmanagement, Ressourcen und Energie (CURE) an der Universität Bochum das Forschungsprojekt „Stromnetzausbau vor Ort: Die Rolle von Kommunen als Dialogbrücken zwischen nationaler Planung und lokalem Protest“ um. Im Fokus des zweijährigen vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderten Forschungsvorhabens standen die Aufgaben und Rollen von Kommunen im Rahmen des Ausbaus von Höchstspannungsleitungen. Dieser Schwerpunkt ist bislang ein „blinder Fleck“ der Forschung, da der Untersuchungsfokus sich bisher auf die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern konzentrierte.

Die Untersuchungsergebnisse verdeutlichen, dass es wichtig und auch voraussetzungsreich ist, Kommunen als Dialogbrücken der Öffentlichkeitsbe-

teiligung im Stromnetzausbau zu stärken. Ihre Beteiligung – einschließlich ihrer Stärkung im Prozess – stellt sich als eine relevante Aufgabe für Bund, Bundesnetzagentur, Länder und Landkreise heraus.

Städte und Gemeinden agieren in erster Linie als Vertreterinnen lokaler Interessen. Sofern es ihre Ressourcen und Qualifikationen zulassen und sie den Ausbauprozess transparent und fair erleben, agieren sie konstruktiv und dialogorientiert und unterstützen die Öffentlichkeitsbeteiligung. Um das dafür erforderliche Vertrauen zu erlangen, ist es wichtig, frühzeitig einen schlüssigen Prozess der Öffentlichkeitsbeteiligung vor Ort zu konzipieren und zu verankern. Insbesondere kleinere Gemeinden sollten von Beginn der Planung an noch stärker in ein Netz der Kommunikation eingebunden sein und unterstützt werden.

Bund, Länder und Übertragungsnetzbetreiber sind gut beraten, den Ball der Kommunen aufzunehmen und den Stromnetzausbau als gemeinsames Projekt von Bund, Land und Kommunen zu konzipieren. Nur wenn Kommunen den Ausbauprozess als fair und nachvollziehbar erleben, erfährt dieser auch von mehrfach betroffenen und damit vielfach belasteten Kommunen Unterstützung. Hierzu müssen die kumulierenden Wirkungen von Infrastrukturvorhaben in den Kommunen noch stärker in den Blick genommen werden und der Diskurs über die Gestaltung der Energiewende und die gerechte Verteilung ihrer Lasten intensiviert werden.



www.difu.de/18259



Dr. rer. pol.
Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de



Foto: Stephanie Bock, Difu

Umfrage: Aktuelle Herausforderungen für die Arbeit der Jugendämter

Das Difu befragte mit Förderung des BMFSFJ rund 600 Jugendämter in Deutschland zu den Herausforderungen ihrer täglichen Arbeit, der Bedeutung sozialraumorientierten Handelns vor Ort sowie zu Erfolgen und Unterstützungsbedarf.

Die Befragungsergebnisse zeigen eindrucksvoll und auf einer validen empirischen Basis, in welchen Bereichen die kommunalen Jugendämter die größten aktuellen Herausforderungen für ihre Arbeit sehen. Neben dem gravierenden Engpass an stationären Einrichtungen zur Aufnahme und Betreuung von Kindern und Jugendlichen sind es vor allem der Fachkräftemangel, also die Probleme qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten, und der Umgang mit Überlastsituationen bei Mitarbeitenden, die die Arbeit der Jugendämter zunehmend schwierig machen. Neue Gesetze auf Landes- und Bundesebene, wie die Umsetzung der Vormundschaftsreform, der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder sowie das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) und die stufenweise Einführung und Umsetzung der Inklusiven Lösung bis 2028 verstärken den Problemdruck in den kommunalen Jugendämtern.

Mehr als die Hälfte der antwortenden Jugendämter gibt an, „sozialräumlich“, also vor Ort und mit verschiedenen Partnern, zu arbeiten. Die wichtigsten Partner in dieser Arbeit sind das Sozialamt, das Gesundheitsamt, das Jobcenter/Arbeitsagentur, die Kämmerei und das kommunale Schulamt. Diese Zusammenarbeit funktioniert in den meisten Kommunen gut. Ausbaufähig ist dagegen die Zusammenarbeit mit der Stadtentwicklung, dem Sportamt, dem Kulturamt und den Bereichen, die für Umwelt, Grün und Nachhaltigkeit zuständig sind. Dies liegt oft daran, dass die Zeit fehlt, aber auch daran, dass mögliche Partner nicht bekannt sind, seitens der Partner kein Interesse an einer Zusammenarbeit besteht oder unterschiedliche Handlungslogiken eine Zusammenarbeit erschweren. Weiterhin gibt es ganz unterschiedliche Partner in den jeweiligen Sozialräumen vor Ort, diese reichen von Stadtteilarbeitskreisen, über Präventionsräte bis hin zu Sozialberatungsstellen oder offenen Jugendhilfeangeboten in Stadtteilen.

Wenn zusammengearbeitet wird, und besonders, wenn im Sozialraum kooperiert wird, nennen die kommunalen Jugendämter eine Reihe von Erfolgen. Dazu gehört vor allem eine „bessere Teilhabe“ von Kindern, Jugendlichen und Familien. Mitwirkungsmöglichkeiten für diese Personen, Niedrigschwelligkeit der Angebote und Prävention spielen dabei eine wichtige Rolle. Es entstehen

„Netzwerke/Kooperationen“, die es ermöglichen, sich besser arbeitsteilig abzustimmen, Doppelstrukturen und -arbeiten zu vermeiden und so passgenauere Angebote für die Zielgruppen zu machen.

Wenn es darum geht Aspekte zu nennen, um die Rahmenbedingungen für die Arbeit der kommunalen Jugendämter zu verbessern, adressieren diese deutlich die politischen Ebenen. Vor allem geht es ihnen darum, dass politische Akteure die Jugendhilfe noch stärker als politische Kernaufgabe wahrnehmen, und zwar auf allen Ebenen. Auf der kommunalen Ebene bedeutet dies, dass



Foto: Adobe Stock, Giuseppe Lombardo (Lomb)

die Kommunalpolitik einen verbindlichen Gestaltungsauftrag für die Kinder- und Jugendhilfe beschließt, die Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe mit den notwendigen Haushaltsmitteln ausstattet, die Arbeit die angemessene Wertschätzung erfährt und weniger politischem Rechtfertigungsdruck unterliegt.

An Bund und Länder geht der Wunsch, Gesetzesänderungen einem noch stärkeren „Praxis-Check“ zu unterziehen, gerade auch im Hinblick auf die schwierigen Rahmenbedingungen auf der kommunalen Ebene, die die Umsetzung der komplexen Gesetze letztlich leisten muss. Dabei sollten Bund und Länder auch Spielräume und Experimentiermöglichkeiten zulassen, im Wissen, dass kommunale Jugendämter die Kompetenz und Erfahrung haben, um im Handlungsfeld der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe das Bestmögliche für Kinder, Jugendliche und deren Familien zu erreichen.



www.t1p.de/x6jgm



Dr.
Beate Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Dipl.-Soz.
Kerstin Landua
+49 30 39001-135
landua@difu.de

Umweltgerechtigkeit im Programm „Sozialer Zusammenhalt“

Die Umweltsituation ist in vielen Gebieten des Städtebauförderungsprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ nicht gut. Was können Kommunen tun, um in diesen Quartieren für mehr Umwelt- und damit Lebensqualität zu sorgen? Videotutorials und Endbericht erschienen.



Eine hohe Lebens- und Umweltqualität in Stadtquartieren zu schaffen ist ein wichtiges Ziel in den Programmen der Städtebauförderung. Im Programm „Sozialer Zusammenhalt“ ist dies für die Programmgebiete umso relevanter, da sie häufiger von Umweltbelastungen wie Lärm, Luftschadstoffen, Hitze und schlechter Grünversorgung betroffen sind.

Das integrierte Konzept der Umweltgerechtigkeit beschreibt ein gezieltes planerisches Handeln in der Kommune. Dabei werden Umweltbelastungen unterschiedlicher Stadtgebiete erfasst und gemeinsam mit der Bewohnerschaft integrierte Strategien für den Abbau der Belastungen und ein lebenswertes Wohnumfeld entwickelt.

Um mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen, gilt es, mit Beteiligung der Bewohnerschaft neue Grün- und Freiflächen im Quartier anzulegen, bestehende Grünanlagen zu qualifizieren oder den Menschen durch Wegeverbindungen Zugang zu weiter entfernten Grün- und Freiräumen zu ermöglichen. Auch Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimaanpassung – beides Querschnittsziele und Fördervoraussetzung in der Städtebauförderung – gehören dazu, wenn mehr Umweltgerechtigkeit vor Ort geschaffen werden soll. Weitere wichtige Handlungsfelder sind Lärmschutz, Luftreinhaltung, Mobilität/Verkehr sowie Umweltbildung.

Umweltgerechtigkeit ist also ein integrativer Handlungsansatz. Das heißt, verschiedene Themenfelder wie Quartiersplanung, Gesundheit,

Umwelt, Beteiligung spielen eine Rolle. Sie müssen zusammengedacht und -gebracht werden – von einer Vielzahl unterschiedlicher Akteur*innen aus Politik, Kommunalverwaltung, Verbänden und natürlich aus den Quartieren, die für diese Themenfelder stehen und dazu einen Beitrag leisten können. Das Quartiersmanagement hat eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung von Projekten für mehr Umweltgerechtigkeit in den Gebieten des Programms Sozialer Zusammenhalt. Es ist die Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bewohnerschaft. Das Quartiersmanagement bündelt die Wünsche aus dem Quartier und den Informationsfluss in das Quartier. Zudem initiiert es wichtige Netzwerke, wirkt in diesen Netzwerken mit und pflegt sie.

Vier Videotutorials und ein Ergebnisbericht liegen zum Abschluss des vom Difu in Kooperation mit Gröschel Branding GmbH im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) bearbeiteten Forschungsvorhabens vor. Sie zeigen detailliert, worum es bei Umweltgerechtigkeit genau geht, wie der Handlungsbedarf zur Verbesserung der Umweltqualität in den Gebieten des Programms Sozialer Zusammenhalt ermittelt werden kann, welche Handlungsfelder und Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit relevant sind und welche Akteur*innen zusammenwirken müssen. Die Tutorials richten sich an die kommunalen Verantwortlichen sowie Quartiersmanager*innen. Sie illustrieren das Handlungsfeld „Umweltgerechtigkeit“ und geben Hinweise zum Vorgehen in Planung und Umsetzung.



www.difu.de/18241
www.t1p.de/a9dx1



Dipl.-Ing. Christa Böhme
+49 30 39001-291
boehme@difu.de

Dr. Thomas Franke
+49 30 39001-107
franke@difu.de

Moderne Stadtgeschichte: Stadttrevier, Polizei und Sicherheit im Fokus

Die Ausgabe 2/2023 der Zeitschrift „Moderne Stadtgeschichte“ (MSG) behandelt ein historisches und zugleich hochaktuelles Thema: „Stadttrevier. Polizei und Sicherheit in urbanen Räumen“.

In ihrer Einleitung machen Martin Göllnitz und Sabine Mecking (Herausg., beide aus Marburg) deutlich, dass die neuere historische „Sicherheits“-Forschung auch erhebliche Potenziale für die Stadtgeschichte birgt, denn sie untersucht den Wandel polizeilicher Ordnungsstrategien breiter und differenzierter als bisher. In den Blick treten dabei unter anderem die große Bedeutung von öffentlichen, stets zeitgebundenen Wahrnehmungen und Ängsten bezüglich der Sicherheitslage in Städten, deren Wandel und die ständigen Aushandlungsprozesse um polizeiliche Strategien. Neuere Ansätze, wie zum Beispiel die Analyse von „Sicherheitsrepertoires“ der Polizei, erlauben ein besseres Verständnis der Aktualisierung und Modernisierung ihrer Handlungsstrategien, die das Heft vom 18. bis zum späten 20. Jahrhundert in transnationaler, europäischer Perspektive verfolgt.

Im ersten Beitrag zeigt Anne Purschwitz (Halle) am Beispiel sächsischer Städte im 18. Jahrhundert die Entwicklung polizeilicher Ordnungspraktiken als Prozess sozialer Disziplinierung im Zusammenhang mit der frühneuzeitlichen Staatsbildung. Dabei akzentuiert sie die Tatsache, dass verschiedene polizeilich sanktionierte Praktiken, wie beispielsweise öffentliches Betteln, „Trunk“ und Spiel, als „Zeitvergehen“ verfolgt wurden, das heißt auch und gerade als nutzlose Zeitvergeudung.

Oliver Coelho (Paris) untersucht, wie die Polizeiarbeit im Laufe des späten 18. Jahrhunderts von einer zunehmenden „Territorialisierung“ bestimmt wurde und dabei einen „flächendeckenden“ Kontrollblick auf den städtischen Raum und einzelne „Reviere“ entwickelte. Am Beispiel der Arbeit der Münchener Polizeidirektion um 1800 hebt er unter anderem hervor, dass dazu insbesondere das umfassende Sammeln von Informationen über die physische Gestalt, zu wichtigen Risiken und Gefahren sowie eine ausgeklügelte Strategie der Polizeipräsenz im öffentlichen Raum gehörten.

Florian Grafl (Ulm) wirft in seinem Beitrag einen Blick auf die öffentliche Debatte um die Sicherheitslage und Polizeiarbeit in Barcelona im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Hier war die Situation geprägt von einem hohen Grad an kollektiver Gewalt und einer massiven Infragestellung des polizeilichen Gewaltmonopols, die zu scharfer

Kritik von Vertretern der Mittel- und Oberschichten an der „Untätigkeit“ und aus der Arbeiterschaft an der Härte der Polizeimaßnahmen führte.

Zwei weitere Aufsätze des Themenschwerpunkts präsentieren Fallstudien zu besonderen Polizeiaufgaben in den 1960er-Jahren: Gerhard Sälter (Berlin) zeigt, wie das DDR-Grenzregime an der Berliner Mauer einen dauernden Konfliktherd



Foto: Adobe Stock, pixelklex

schuf, an dem die Anwohner*innen sich den gesetzten Regeln vielfach widersetzten und „Normverstöße“ begingen. Nora Lehner (Wien) leuchtet das Vorgehen der Wiener Polizei gegen Zuhälter aus, bei der sie sich in den 1960er-Jahren einem zunehmenden Problem der Begleitkriminalität zur Prostitution und neuen Verhaltensweisen von Zuhältern gegenüber sah. Der Themenschwerpunkt wird abgerundet von der Leitrezension Klaus Weinhauers (Bielefeld) über das Buch von Stuart Hall u.a.: Policing the crisis (1978/Neuaufgl. 2013), einem Klassiker der historischen Konflikt- und Polizeiforschung.

In der themenoffenen Rubrik „Forum“ zeichnet Mathias Häußler (Regensburg) die Entwicklung deutscher Kurstädte im aufkommenden modernen Tourismus zwischen 1815 und 1914 nach, und Ulf Christian Ewert (Erfurt) untersucht den Messehandel in der vormodernen Stadt zwischen dem 14. und 16. Jahrhundert am Beispiel der Nördlinger Pfingstmesse. Der Band wird abgeschlossen von einem Bericht von Dieter Schott (Konstanz) über die große internationale Konferenz „The State of Urban History“, die im Juli 2023 am renommierten Center for Urban History der Universität Leicester/GB abgehalten wurde.



www.difu.de/18233



Prof. Dr.
Christoph Bernhardt
christoph.bernhardt@hu-berlin.de



Neue #Klimahacks erschienen: Schritt für Schritt zu mehr Klimaschutz

Wie wird aus Wärme Abwasser? Wie werden PV-Balkonanlagen gefördert? Wie wird eine Kläranlage energieautark betrieben? Im Mittelpunkt der #Klimahacks-Serie stehen Tipps, auf die es bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in Kommunen ankommt.



Foto: Adobe Stock, Robert Poorten

Mit der #Klimahacks-Serie stellt das Difu Arbeitshilfen zur Verfügung, die die Realisierung konkreter Klimaschutzprojekte erleichtern. #Klimahacks bieten detaillierte Informationen und zeigen Umsetzungsschritte auf. Die Online-Publikationsreihe bietet mit ihren praxisorientierten, niedrigschwelligen Anleitungen vor allem Kommunen hilfreiche Unterstützung, die noch am Anfang ihrer Klimaschutzaktivitäten stehen. Aber auch Klimaschutzpersonal, das mit der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen beziehungsweise der Begleitung der Umsetzung vertraut ist, kann mit den Ausgaben neue Klimaschutzprojekte leichter planen und realisieren.

Die #Klimahacks-Serie gibt Impulse für die Realisierung in der kommunalen Praxis und beantwortet zugleich zentrale Fragen: Mit welchen Aktivitäten kommen wir in die Umsetzung? Worauf ist zu achten? Welchen Beitrag leistet eine Maßnahme auf dem Weg zur Klimaneutralität?

Neben einer Einführung mit Daten und Fakten gibt es eine „Know-how-Karte“ mit Beispielen aus der Praxis. Das Herzstück jedes #Klimahacks ist die „Roadmap“ – eine Schritt-für-Schritt-Anleitung zur Umsetzung konkreter Projekte. Neben einem barrierefreien PDF gibt es ein „Flipbook“ mit vertiefenden multimedialen Inhalten.

Neue #Klimahacks sind zu folgenden Themen erschienen: Freiflächen-Solarthermie, energieautarke Kläranlage, kommunale Holzstrategie, PV-Balkonanlagen sowie Wärme aus Abwasser.

In der Aquathermie-Ausgabe geht es beispielsweise – vor dem Hintergrund der kommunalen Wärmewende – um die Frage, wie Kommunen Abwasser nutzen können, um Gebäude oder auch ganze Quartiere zu beheizen. Abwasser stellt in städtischen Gebieten eine kontinuierliche und erneuerbare Wärmequelle dar, die das ganze Jahr über bei weitgehend konstanter Temperatur zur Verfügung steht. Diese Wärmequelle kann mithilfe von Wärmepumpen sowohl für das Heizen als auch das Kühlen genutzt werden.

In der Ausgabe zu PV-Balkonanlagen steht die Frage, wie Kommunen den Zuwachs von PV-Balkonanlagen mit eigenen Förderprogrammen unterstützen können, im Fokus. Einige Kommunen stellen ihren Bürger*innen Fördermittel zur Anschaffung solcher Anlagen zur Verfügung. Die Nachfrage ist dabei meist so groß, dass die Fördertöpfe nach kurzer Zeit bereits ausgeschöpft sind. Das unterstreicht die Attraktivität dieser Maßnahme, die zum Erreichen der kommunalen Klimaschutzziele im Gebäudebereich beiträgt.

Die genannten vier #Klimahacks sowie diverse weitere Themenschwerpunkte sind online abrufbar. Die #Klimahacks-Serie entsteht im Rahmen des Difu-Projekts „GemKli – Gemeinsam mehr Klimaschutz schaffen! Wissens- und Aktionspaket von und für Kommunen“, das über die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) gefördert wird.



www.difu.de/18326
www.difu.de/18237
www.difu.de/18078
www.difu.de/18186
www.difu.de/18027



Dipl.-Geogr.
Björn Weber
+49 221 340308-10
BWeber@difu.de

Fördersystem auf dem Prüfstand

Projektteam evaluiert das gesamtdeutsche Fördersystem mit Blick auf eine stärkere Ausrichtung hin zur Nachhaltigkeit.

Fördersystem auf dem Prüfstand



www.difu.de/18156



Dr. Christian Raffer
+49 30 39001-198
raffer@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de



Die regionale Strukturpolitik ist im „Gesamtdeutschen Fördersystem“ (GFS) organisiert, um die Wohlfahrt von strukturschwachen Regionen und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu stärken. Die Weiterentwicklung des GFS soll sicherstellen, dass Förderprogramme den notwendigen Umbau in Richtung Nachhaltigkeit leisten. Dazu sollen umwelt- und klimaschädliche Förderungen vermieden und ein Übergang in ein nachhaltigeres Wirtschaftssystem – unter regionalen Gesichtspunkten – gestaltet werden.

Das GFS soll kontinuierlich evaluiert und fortentwickelt werden. Das Umweltbundesamt fördert deshalb die Entwicklung eines Konzepts für eine vorausschauende und transformative Strukturpolitik, inklusive Zielen, Kriterien und Indikatoren für eine ökologische und sozial gerechte Regionalförderung. Es soll zur Evaluation bestehender Programme herangezogen werden. Dazu entwickelt das Projektteam ein Analyseraster, das sich auf bewährte Nachhaltigkeitsmetriken wie SDGs, die EU-Taxonomie, die Donut- bzw. Gemeinwohlökonomie oder die Territorial Just Transition Plans Scorecard des WWF stützt.

Im mehrstufigen Entwicklungsprozess werden Stakeholder aus der Förderpraxis eingebunden und das Konzept zu einem schlüssigen „Kompass“ weiterentwickelt. Das Difu führt das Projekt in Kooperation mit dem Öko-Institut e.V. und dem Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo Köln) durch. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) begleiten den Arbeitsprozess.

Bauhaus Participation Lab



www.difu.de/18229



Dipl.-Ing. Jan Abt
+49 30 39001-206
abt@difu.de

Bauhaus Participation Lab

Projekt mit der Stadt Weimar: Bürgerbeteiligung mit neuen digitalen Instrumenten besser gestalten.



Foto: Adobe Stock, Naiyana

Im Projekt „Bauhaus Participation Lab“ (BPL) wird analysiert, ob virtuelle Realitäten die Beteiligungsprozesse in der Stadtentwicklung verbessern. Grundlage dafür sind „responsive parametrische Planungsmodelle“ – digitale Stadtmodelle, die leicht anpassbar sind. Die Veränderung von Parametern wie der Menge an Wohnungen, Stellplätzen oder Grünflächen werden unmittelbar im Programm visuell dargestellt. Das Forschungsteam geht der Frage nach, ob die direkte Art, den Bürger*innen Planungsvorhaben zu vermitteln, zu einvernehmlicheren und effektiveren Beteiligungsverfahren führt. Im BPL werden die Ergebnisse nicht nur zweidimensional auf dem Bildschirm, sondern auch in virtuellen Umgebungen – etwa mit VR-Brillen – erlebbar. Die Kombination beider Technologien soll Bürger*innen motivieren und befähigen, aktiv mitzuwirken.

Die planungsbedingten Herausforderungen sollen transparenter und verständlicher werden und das Einbringen von eigenen Vorschlägen leichter. In einer intensiv erlebbaren Umgebung soll soziale Interaktion und Austausch über Planungsvarianten gestärkt werden. Die Technologien werden im Rahmen des Entwicklungskonzepts „Bahnstadt Weimar“ in Beteiligungsworkshops erprobt.

Das Difu evaluiert den Beteiligungsprozess. Es bereitet Kriterien guter Bürgerbeteiligung als Grundlage eines Bewertungsrasters und als Basis für die nachfolgende Evaluation der Aktivierung der Bevölkerung und der Beteiligungsworkshops wissenschaftlich auf. Das Difu begleitet die Workshops, analysiert die Beteiligungsformate und identifiziert Weiterentwicklungsmöglichkeiten. Daraus werden Empfehlungen zur Gestaltung von digitalen Beteiligungsprozessen in den Kommunen entwickelt.

Klimaschutz finanzieren

Difu-Machbarkeitsstudie zu Finanzierungsinstrumenten für den kommunalen Klimaschutz gestartet.

Klimaschutz finanzieren



www.difu.de/18144



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Prof. Dr. Carsten Kühl
+49 30 39001-214
kuehl@difu.de



Die Frage, mit welchen Finanzierungsinstrumenten die freiwillige kommunale Aufgabe Klimaschutz auf eine verlässliche und langfristige Basis gestellt werden kann, steht seit einiger Zeit im Raum. Kommunen kommt eine entscheidende Rolle beim Klimaschutz und der Treibhausgasreduktion zu, dafür sind sie aber weder personell noch finanziell hinreichend ausgestattet.

Seit der Förderalismusreform 2006 darf der Bund den Kommunen aufgrund des Aufgabenübertragungsverbots keine Aufgaben mehr zuweisen. Dies kann nur durch Landesgesetze erfolgen. Wenn die Länder ihren Gemeinden jedoch neue Aufgaben übertragen, müssen sie nach dem Konnexitätsprinzip eine auskömmliche Finanzausstattung sicherstellen. Eine Finanzierung durch den Bund ist damit ausgeschlossen. Daher erfolgt die Finanzierung kommunaler Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen meist in Form zeitlich befristeter Projekte im Rahmen diverser Förderprogramme von Bund, Ländern und EU. So werden jedoch die Potenziale, die auf kommunaler Ebene bestehen, um den notwendigen Beitrag zur Erreichung des Klimaneutralitätsziels bis zum Jahr 2045 zu leisten, nicht ausgeschöpft. Dies wirft die Frage nach Finanzierungsalternativen im föderalen Mehrebenensystem auf.

Im Auftrag der Klima-Allianz Deutschland e. V. erstellt das Difu eine Machbarkeitsstudie, in der vor allem zwei mögliche Finanzierungsalternativen für den kommunalen Klimaschutz in ihren praktischen Anwendungsmöglichkeiten analysiert und in ihren Vor- und Nachteilen diskutiert werden: die Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe und eine mögliche Umverteilung der Umsatzsteuereinnahmen zugunsten von Ländern und Kommunen.

Digitalisierung im Verkehr



www.difu.de/18219



Dr. Lisa Ruhrort
+49 30 39001-108
ruhrort@difu.de

Digitalisierung im Verkehr

„On-Demand-Verkehre“ werden aktuell in vielen Städten und Gemeinden erprobt. Doch wie sehr helfen sie dem Klimaschutz?



Foto: Adobe Stock, René Notenbomer

Die Bedeutung des „On-Demand-Verkehrs“, also flexibler Angebote im ÖPNV, hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Solche Angebotsformen können die Qualität des ÖPNV, insbesondere im ländlichen und suburbanen Raum, verbessern. Perspektivisch könnten sie eine Mobilitätsalternative zum privaten Pkw bieten.

Obwohl bisher zahlreiche Umsetzungsbeispiele untersucht und Erfahrungen gesammelt wurden, sind zentrale Fragen der Ausgestaltung von On-Demand-Verkehren noch nicht geklärt: Dies betrifft unter anderem die Umweltwirkungen, die Finanzierung der Angebote sowie den Einsatz automatisierter Fahrzeuge. Vor diesem Hintergrund geht das Forschungsteam der Frage nach der künftigen Rolle von On-Demand-Angeboten in einem zunehmend digitalisierten ÖPNV-System nach.

Auf der Basis von Literaturanalysen und Interviews mit Fachleuten werden Szenarien für die Weiterentwicklung des ÖPNV bis 2045 mit besonderem Fokus auf Auswirkungen von Digitalisierung und Automatisierung entwickelt. Zudem werden in verschiedenen Szenarien die Potenziale des On-Demand-Verkehrs für unterschiedliche Raumtypen quantifiziert und ihre Verkehrsauswirkungen inklusive ihrer Treibhausgasreduktionspotenziale abgeleitet. Als Ergebnis werden praxisorientierte Handlungsempfehlungen für die Einbettung von On-Demand-Verkehr in eine verkehrspolitische Gesamtstrategie zur Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehr erarbeitet und publiziert.

Das Difu führt das Forschungsvorhaben gemeinsam mit der PTV Transport Consult GmbH durch.

Klimaaktive Kommune

Klimaschutzaktivitäten identifizieren, bekannt machen und zum Handeln in der eigenen Kommune motivieren.

Klimaaktive Kommune



www.difu.de/18291



Dipl.-Ing.

Cornelia Rösler

+49 221 340308-18

roesler@difu.de

Anna Hogrewe-Fuchs

+49 221 340308-16

hogrewe-fuchs@difu.de



Foto: Ulrike Vorwerk, Difu

Für das gesetzlich festgeschriebene Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 sind die Klimaschutz-Aktivitäten in Kommunen bedeutend. Durch das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderte Projekt sollen die Effekte ambitionierter Klimaaktivitäten kommuniziert und – dadurch angeregt – multipliziert werden.

Eine wichtige Rolle spielt der Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“, den das Difu jährlich auslobt. Mit dem Preisgeld werden weitere Klimaaktivitäten angestoßen und Projektideen werden bundesweit bekannt gemacht. Es entstehen kontinuierlich praxiserprobte Anregungen und erreichte Klimaschutzeffekte können reproduziert werden.

Für die Adaption und Modifikation ausgewählter Gewinnerprojekte wird Kommunen Unterstützung in Form von Simulationslaboren angeboten. Impulse, Erfahrungsaustausch und Netzwerkarbeit stehen im Fokus der jährlichen Kommunalen Klimakonferenz sowie der Preisverleihung im Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“. Auf „Klimaaktiv-Events“ werden 2025-2026 Praktiker*innen individuelle Bedarfe, Themen und Fragestellungen diskutieren. Ein weiteres Forum ist der Arbeitskreis Kommunaler Klimaschutz (AKK), der sich aus vorherigen Wettbewerbsgewinnern zusammensetzt und Handlungsempfehlungen „von Kommunen für Kommunen“ erarbeitet und aktuelle Themen und Bedarfe an die Bundesebene übermittelt. Sowohl die Auswahl von Projektbeteiligten als auch die Ausrichtung des Wettbewerbs sowie die Zielgruppen der Veranstaltungen sind deutschlandweit angelegt, um unterschiedliche Kommunen in unterschiedlichen Regionen zu erreichen.

SDG-Bericht für Ghana



www.difu.de/18339



Oliver Peters, M.Sc.

+49 30 39001-204

opeters@difu.de

SDG-Bericht für Ghana

Das Difu erarbeitet mit Kommunen in Ghana einen Bericht zum Stand der lokalen Nachhaltigkeitsziele.



Die Agenda 2030 verpflichtet die UN-Mitgliedsstaaten zur Zusammenarbeit mit lokalen Regierungen bei der Umsetzung der SDGs. In diesem Rahmen finden zunehmend Überprüfungen der SDG-Umsetzung statt, die auch als freiwillige lokale Nachhaltigkeitsberichterstattungen – engl. Voluntary Local Reviews (VLRs) – bezeichnet werden. Diese bieten Kommunen Vorteile wie Hilfe bei der Priorisierung von Maßnahmen und Übersetzung globaler Ziele in lokale Aktionen. Ghanas Nationalregierung und Kommunen treiben seit Langem die nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 und der „African Agenda 2063“ voran. Das Engagement ist bereits an vielen Stellen sichtbar, z.B. in differenzierten Sozial- und Gesundheitsprogrammen, der Wirtschaftsförderung oder Infrastrukturprojekten.

In Ghana läuft das Programm „Global Nachhaltige Kommune (GNK)“ der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, um die Lokalisierung und strategische Verankerung der SDGs voranzubringen und somit langfristig verbesserte Lebensbedingungen für die heutigen und künftigen Generationen zu schaffen.

Das Difu führt innerhalb des Programms eine Prozessberatung durch, um neun ghanaischen Kommunen zu helfen, freiwillige lokale Rechenschaftsberichte über die SDG-Umsetzung zu erstellen. Das Projekt hat mehrere Ziele, darunter die Stärkung lokaler Strukturen und die Synthese von VLR-Ergebnissen für die Vorstellung beim UN-Hochrangigen Politischen Forum 2025 in New York. Partnerorganisationen, insbesondere das Office of the Head of Local Government Service (OHLGS), unterstützen das Projekt.

Was ist eigentlich ... ?

Balkonkraftwerk

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt.

Photovoltaik (PV) soll künftig massiv ausgebaut werden. Eine interessante Rolle können dabei PV-Balkonanlagen spielen, häufig auch als Mini-Solaranlagen oder Balkonkraftwerke bezeichnet. Mit diesen Minianlagen lassen sich auch Balkon- und Terrassenflächen – insbesondere in Mehrfamilienhäusern – zur Erzeugung von Solarstrom nutzen. So werden zusätzliche Flächen an Gebäuden für die Energiewende nutzbar gemacht. Bislang galten PV-Balkonanlagen eher als Nischenmarkt beim Ausbau erneuerbarer Energien. Infolge der Energiekrise und steigender Energiekosten wuchsen Nachfrage und Absatz jedoch stark an.

„Balkonkraftwerke sind ein hilfreicher Baustein zum Erreichen der Energiewende. Gleichzeitig können sie Bürger*innen beim Strom- und damit Geldsparen helfen.“

Daher soll die Stromproduktion mit Balkonkraftwerken künftig einfacher möglich sein. Das von der Bundesregierung beschlossene „Solarpaket 1“ sieht u. a. vor, dass die bisher notwendige Anmeldung der Anlage beim Netzbetreiber wegfallen und die Registrierung im Marktstammdatenregister nur wenige Daten erfordert. Darüber hinaus dürfen Balkonkraftwerke auch leistungsstärker sein und gewöhnliche Schukostecker sollen als technische Norm für PV-Balkonanlagen eingeführt werden.

Viele Kommunen treiben die Anschaffung von PV-Balkonanlagen mit eigenen Förderprogrammen voran. Insbesondere für Mieter*innen ergibt sich damit die Chance, an der Energiewende teilzuhaben und die Stromrechnung zu reduzieren. Je nachdem, wie die „Strom-Ernte“ ausfällt, lässt sich mit einer solchen Anlage der Jahresstrombedarf eines Kühlschranks und einer Waschmaschine abdecken.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189



Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Radverkehr und Verkehrswende

Eine Geschichte von Gegenwind und Rückenwind

Tilman Bracher

2021, Bd. 19, 168 S., vierfarbig, zahlreiche

Fotos, Print 34 €, Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-680-3

➔ www.difu.de/16867

So geht's

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen

Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, zahlreiche Abb.

und Fotos, Print 39 €, Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-643-8

➔ www.difu.de/12984

Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in

Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann u.a. (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 S., kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan Hendrik Trapp (Hrsg.)

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-584-4

➔ www.difu.de/11299

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 312 S.,

vierfarbig, zahlreiche Abb., Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-579-0

➔ www.difu.de/11026

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele –

Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.)

2015, Bd. 14, 392 S., zahlreiche Abbildungen,

Print 39 €, Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-534-9

➔ www.difu.de/9850

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-508-0

➔ www.difu.de/9002

Difu Arbeitshilfen

Verfahren zur Aufstellung von

Bebauungsplänen

3., grundlegend überarbeitete Auflage unter

Berücksichtigung des Baulandmobilisierungs-

gesetzes – Muster, Tipps und Hinweise für eine

zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung

M.-L. Wallraven-Lindl und A. Uhmann

2022, 224 S., 39 €

ISBN 978-3-88118-682-7, eBook 33,99 €

➔ www.difu.de/17149

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage, A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz,

M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S.,

zahlreiche Satzungsmuster, Print 29 €

ISBN 978-3-88118-526-4

➔ www.difu.de/9055

Difu Impulse

Stromnetzausbau: Kommunen als

„Dialogbrücken“

Zwischen nationaler Planung und lokalem

Protest

Stephanie Bock, Franciska Frölich v. Bodel-

schwigh, Bettina Reimann u.a.

Bd. 1/2024, 165 S., nur online

➔ www.difu.de/18259

Vermeidung, Substitution und nachhaltige Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen

Das Projekt „reGIOcycle“ – 1. Teil Forschungs-

phase (2020–2023)

Maic Verbücheln u.a.

Bd. 11/2023, 51 S., nur online

➔ www.difu.de/18189

Nachhaltigkeitshaushalt und Nachhaltigkeitsrendite

Instrumente für die strategische Orientierung im kommunalen Haushalt

Oliver Peters, Christian Raffer, Henrik Scheller,

Busso Grabow, Carsten Kühl

Bd. 10/2023, 80 S., nur online

➔ www.difu.de/18094

Fachexperten-Gespräche 2023 zur Modernisierung des Städtebaurechts

Arno Bunzel, Magnus Krusenotto, BBSR (AG)

Bd. 9/2023, 207 S., nur online

➔ www.difu.de/18086

Erfolgreiche Nachhaltigkeitstransformation in der Kommunalverwaltung

Organizational change im öffentlichen Sektor – inhaltliche Dimensionen, Hürden und Erfolgsbedingungen

C. Raffer, F. Buchmann, S. Schneider

Bd. 8/2023, 78 S., nur online

➔ www.difu.de/18091

Investitionsbedarfe für ein nachhaltiges Verkehrssystem

Schwerpunkt kommunale Netze

Wulf-Holger Arndt, Stefan Schneider

Bd. 7/2023, 106 S., nur online

➔ www.difu.de/18037

Kommunale Sportstätten und ihr Beitrag zur Erreichung der deutschen Klimaziele

Ansätze und Herausforderungen

K. Lindt, C. Raffer, H. Scheller, L. Thieme

Bd. 6/2023, 26 S., nur online

➔ www.difu.de/18031

Nichtmonetäre Investitionshemmnisse der Kommunen – Herausforderungen und Reformansätze

Evaluation von Hochbau-Beratungsprojekten aus dem Ressortforschungsvorhaben „Investitionsberatungsauftrag“

Henrik Scheller, Christian Raffer

Bd. 5/2023, 101 S., nur online

➔ www.difu.de/18025

Difu Policy Papers

Sustainable Finance für Kommunen

Themenfelder, Berührungspunkte und

Zielkonflikte

H. Scheller, C. Raffer, F. von Zahn, O. Peters

Bd. 3/2023, 29 S., nur online

➔ www.difu.de/18058

Verkehrsberuhigung: Entlastung statt Kollaps!

Maßnahmen und ihre Wirkungen in deutschen und europäischen Städten

Uta Bauer, Sonja Bettge, Thomas Stein

Bd. 2/2023, 15 S., nur online

➔ www.difu.de/17996

Die Flächennutzungsplanung fit machen für die Innenentwicklung

Arno Bunzel, Franciska Frölich v. Bodel-

schwigh, Magnus Krusenotto

Bd. 1/2023, 22 S., nur online

➔ www.difu.de/17845

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275, Mail: vertrieb@difu.de

Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos.

Veröffentlichungen

Berichte 1/2024

Sonderveröffentlichungen

Die ersten 100 Tage als Klima- anpassungsmanager*in **NEU**

Vivianne Rau, Beatrice John, Elena Plank,
Difu und adelphi (Hrsg.)
2024, 31 S., nur online
➔ www.difu.de/18341

#Klimahacks – Mach dein Projekt: Kommunale Wege zur Freiflächen- Solarthermie **NEU**

Paul Ratz, Esther Biro, Difu (Hrsg.)
2024, 8 S., nur online
➔ www.difu.de/18326

Bund/ Länder-Dialog Fläche – ein Zwischenfazit **NEU**

Zwischenbericht
Thomas Preuß, Stephanie Bock, Robert Böhnke,
Doris Reichel u.a., UBA (Hrsg.)
2024, 47 S., nur online
➔ www.difu.de/18314

Transformation regionaler Infrastrukturen für einen sozial-ökologischen Struktur- wandel **NEU**

Konzeptionelle Ansätze des Strukturwandels
und Herausforderungen für sozial-ökologische
Transformationen in den drei Braunkohlerevieren
Jan H. Trapp, Robert Riechel u.a. UBA (Hrsg.)
2024, 42 S., nur online
➔ www.difu.de/18300

#Klimahacks – Mach dein Projekt: Wärme aus Abwasser **NEU**

Mascha Overath, Paul Ratz, Difu (Hrsg.)
2024, 7 S., nur online
➔ www.difu.de/18237

Kommunen vernetzen **NEU**

Peer-Learning zwischen Kommunen stärken
und Anpassungskapazitäten erhöhen
Elke Bojarra-Becker, Anna-Kristin Jolk, Luise
Willen u.a., UBA (Hrsg.)
2023, 170 S., nur online
➔ www.difu.de/18284

Umweltgerechtigkeit im Städtebauförde- rungsprogramm „Sozialer Zusammen- halt“ **NEU**

Endbericht
Christa Böhme, Thomas Franke, Lothar Gröschel
2023, 100 S., nur online
➔ www.difu.de/18241

Klimaschutz gemeinsam angehen **NEU**

Ergebnisse aus Simulationslaboren zur Umset-
zung von Projekten
Björn Weber, Marco Peters, Ulrike Vorwerk
2023, 16 S., nur online
➔ www.difu.de/18226

KLIMA.PROFIT

Stadt und Unternehmen im Dialog. Klima-
anpassung in Bestandsgewerbegebieten unter
besonderer Berücksichtigung der regionalen
Wertschöpfung und Zukunftsfähigkeit
Maic Verbücheln u.a.
2023, 41 S., nur online
➔ www.difu.de/18171

Vom Plan auf die Straße

Wie Kommunen den Ausbau von Radverkehrs-
infrastruktur und Parkraummanagement be-
schleunigen können
T. Stein, U. Bauer, Agora Verkehrswende (Hrsg.)
2023, 41 S., nur online
➔ www.difu.de/18118

Toolbox für Xtopien

Neue Werkzeuge für Zukunftsgestalter:innen
Jasmin Jossin, Annette Voigt u.a.
2023, 68 S., nur online
➔ www.difu.de/18213

#Klimahacks – Mach dein Projekt: Förderprogramm PV-Balkonanlagen

Marco Peters, Difu (Hrsg.)
2023, 8 S., nur online
➔ www.difu.de/18186

Datenstrategien in Kommunen

Handlungsempfehlungen zur praktischen
Umsetzung
J. Helder, J. Libbe, D. Ravin, BBSR (Hrsg.)
2023, 52 S., nur online
➔ www.difu.de/18102

Klimascouts verankern

Planung, Umsetzung, Etablierung
M. Peters, P. Ratz, B. Weber, Difu (Hrsg.)
2023, 15 S., nur online
➔ www.difu.de/18066

Kommunale Wärmeplanung in kleinen Kommunen – Antworten auf 10 wichtige Fragen

Arbeitskreis Kommunaler Klimaschutz (AKK)
(Hrsg.), Difu (Hrsg.)
2023, 10 S., nur online
➔ www.difu.de/17964

Halbzeitbilanz zur Umsetzung der Agenda 2030 in deutschen Kommunen

Oliver Peters u.a., Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
2023, 116 S., nur online
➔ www.difu.de/17948

Kooperative Planungsprozesse zur Stär- kung gesundheitlicher Belange – modell- hafte Erprobung und Entwicklung von An- sätzen zur nachhaltigen Umsetzung

Jan Abt u.a., UBA (Hrsg.)
2023, 112 S., nur online
➔ www.difu.de/17929

OB-Barometer 2023

Carsten Kühl, Beate Hollbach-Grömig
2023, 4 S., nur online
➔ www.difu.de/17892

KfW-Kommunalpanel 2023

C. Raffer, H. Scheller, KfW Bankengruppe (Hrsg.)
2023, 42 S., nur online
➔ www.difu.de/17899

Stadtnatur erfassen, schützen, entwickeln: Orientierungswerte und Kenngrößen für das öffentliche Grün

Naturschutzfachliche Begleitung der Umset-
zung des Masterplans Stadtnatur
C. Böhme, L. Willen u.a., BfN (Hrsg.)
2023, 242 S., ISBN 978-3-89624-414-7
➔ www.difu.de/17898

Praxisleitfaden: Klimaschutz in Kommunen

4., aktualisierte Auflage,
Agentur für Kommunales Klimaschutz, Difu
(Hrsg.)
2023, 344 S., ISBN 978-3-88118-683-4
➔ www.difu.de/17826

Resilienz in der Smart City

Wie Kommunen besser mit Krisen umgehen
und proaktiv eine nachhaltige Zukunft gestalten
Julia Diringen u.a., BBSR (Hrsg.)
2023, 56 S., ISBN 978-3-98655-027-1
➔ www.difu.de/17817

Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt – Empfehlungen für die Praxis

Thomas Preuß u.a., UBA (Hrsg.)
2023, 68 S., nur online
➔ www.difu.de/17743

Kommunales Integrationsmonitoring

Bettina Reimann, Beate Hollbach-Grömig
2022, 45 S., nur online
➔ www.difu.de/17660

Frischer Wind in die Innenstädte

Julia Diringen, Ricarda Pätzold, Jan Hendrik
Trapp, Sandra Wagner-Endres
2022, 73 S., ISBN 978-3-88118-687-2,
nur online
➔ www.difu.de/17532

Zeitschrift

Stadtrevier. Polizei und Sicherheit in urbanen Räumen

Moderne Stadtgeschichte
MSG, Heft 2/2023, 180 S.
Einzelheft 12 €
➔ www.difu.de/18233

Stadt und Inflation

Moderne Stadtgeschichte
MSG, Heft 1/2023, 168 S.
Einzelheft 12 €
➔ www.difu.de/17864



Foto: Marcus Sielaff

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Kommunen, Verbände und Planungsgemeinschaften

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte, aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt die Fortbildung, moderiert den hilfreichen kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet vielfältige Serviceleistungen an.

Zentrale Kooperationspartner des Difu sind daher seine Partnerkommunen, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Mit ihnen kooperiert das Institut besonders eng und wird durch jährliche Zuwendungen unterstützt. Diese enge Kooperation sorgt auch dafür, dass sich die Difu-Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Difu-Zuwanderkommunen und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ www.difu.de/12807

Fortbildung

Vor Ort, online oder am Berliner Standort, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. Für Fortbildungen lohnt sich die Zuwanderschaft besonders: Zuwander bezahlen stark reduzierte Beiträge. Das Institut hat sein Online-Fortbildungsangebot deutlich ausgeweitet: Für Zuwander bietet das Difu exklusiv und kostenfrei Online-Impulsvorträge mit anschließendem Austausch/Diskussion. Darüber hinaus sind die eintägigen Difu-WebSeminare für Zuwander kostenfrei.

➔ www.difu.de/17143

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßigen Austausch an – teilweise exklusiv für Zuwander.

➔ www.difu.de/programm

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu beispielsweise als Fallstudienstädte im Rahmen von Studien bevorzugt ausgewählt. Auch im Fall von Kostenbeteiligungen an Studien sind diese für Zuwander teils günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet – auch aus dem Homeoffice

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Berichte über Difu-Fortbildungen, „Virtuelle“ Tagungsmappen, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Auch aus dem Homeoffice ist der Zugang für Zuwanderstädte möglich (Verwaltungsmitarbeitende und Ratsmitglieder senden hierzu eine Passwort-Anfrage an das Difu: s. zweiter Link).

➔ www.difu.de/extranet

➔ www.difu.de/6334

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten die Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen kostenfrei. Das Difu bietet nahezu alle Publikationen auch digital an. PDFs können direkt im Extranet heruntergeladen werden.

➔ www.difu.de/publikationen

Zugang in die Difu-Literaturdatenbank

Die Online-Recherche in der Difu-Literaturdatenbank ist kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu kommunal relevanter Literatur. Das Repository ist der Publikationsserver des Difu. Er enthält eine Vielzahl von Quellen, überwiegend im Volltext. Alle Difu-Publikationen werden hier erfasst.

➔ <https://repository.difu.de>

Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ www.difu.de/12914

➔ +49 30 39001-208



Sybille Wenke-Thiem

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Difu-Zuwanderschaft
+49 30 39001-209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol.

Patrick Diekelmann

Publikationen
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Dipl.-Geogr.

Ulrike Wolf

Wissensmanagement und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) gGmbH
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
www.difu.de
Geschäftsführung: Prof. Dr. Carsten Kühl,
Dipl.-Geogr. Luise Adrian
Gesellschafter: Verein für Kommunalwissen-
schaften e.V.
Amtsgericht Charlottenburg, HRB 114959 B
Umsatzsteuer-ID: DE 261590461

Redaktion

Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) mit Vera
Gutofski, Johanna Klauack, Vivien Schütze,
Gesine Wolf

Gestaltungskonzept

3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout

Vera Gutofski

Fotos

Coverbild: Adobe Stock, oksiv
S. 16: Adobe Stock, Maryana
Großbild S. 30: Adobe Stock, daizuoxin
Fotos ohne Quellenangabe kommen von
www.pixabay.com, www.unsplash.com,
www.qimby.net.

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208, Fax -130
presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 50/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 25.3.2024

Nutzung der Beiträge

Frei, bei Nennung der Quelle. Beispiel: aus
Difu-Magazin Berichte, Ausgabe 1/2024.
Info an presse@difu.de erbeten.

Druck

Spree Druck Berlin GmbH
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier.



Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Website & Projektwebsites

Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung,
-Fortbildung, -Veröffentlichungen und vieles
mehr sind auf der Difu-Website zu finden – und
auch auf den verschiedenen Projekt-Websites,
die das Difu im Rahmen seiner Projektarbeit
betreibt:

- ➔ www.difu.de
➔ www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online

Mit dem Difu-Magazin informiert das Institut
vierteljährlich über Forschungsergebnisse,
Standpunkte, neue Publikationen, neue Pro-
jekte, Veranstaltungen und vieles mehr. Die
Berichte erscheinen als Print- und Online-Ver-
sion. Der Umstieg auf die papierlose Version
hat viele Vorteile: Klima schützen, Platz sparen,
früher informiert sein – und das Difu von den
Portokosten entlasten. Der Wechsel ist leicht:
1.) Mail-Adresse online unter Verteileraufnahme
eintragen. 2.) Mail an presse@difu.de schicken
und mitteilen, welche Postadresse wir löschen
dürfen. Beim Erscheinen eines neuen Hefts
erhalten eAbonent*innen eine E-Mail mit
dem Link zum aktuellen Heft (PDF). Durch das
Online-Abo erhalten sie das Heft ca. zwei Wo-
chen vor dem Erscheinen der Printausgabe, da
Druck- und Versendzeiten entfallen. Das
Online-Archiv reicht bis 1996 zurück.

- ➔ www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme)
➔ www.difu.de/taxonomy/term/471 (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“

Alle zwei Wochen informiert das Difu über sei-
nen E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über aus-
gewählte Inhalte auf der Difu-Homepage.

- ➔ www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen

Die Difu-Publikationen stehen überwiegend
kostenfrei zum Download auf der Difu-Home-
page zur Verfügung. Einige können als Printex-
emplar käuflich erworben werden.

- ➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie

Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die
gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-
Dialoge zur Zukunft der Städte“ online an, die
sich zu jedem Termin mit einem anderen aktuel-
len Thema zur Zukunft der Städte befasst.

- ➔ www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Social Media-Kanäle

Über Facebook und X kommuniziert das Difu
aktuelle „teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem In-
stitut bzw. zu kommunal relevanten Themen.
Ausgewählte öffentliche Difu-Veranstaltungen
sowie ausgewählte Vorträge von Difu-Wissen-
schaftler*innen können auf Youtube live verfolgt
oder „nachgesehen“ werden:

- ➔ www.facebook.com/difu.de
➔ www.x.com/difu_d
➔ www.youtube.com/@difu
➔ www.t1p.de/r2u2x (Linkedin)

Presseverteiler

Die Pressemitteilungen informieren über
medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.

- ➔ www.difu.de/13168

RSS-Feeds

Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen,
Publikationen, Projekten, Ausschreibungen in-
formieren in Echtzeit.

- ➔ www.difu.de/15162



Suffizienz und Wohnflächen

Welche Konzepte und Instrumente gibt es, um eine Reduktion des Pro-Kopf-Verbrauchs zu fördern?

Suffizienz und Wohnflächen



www.difu.de/18292



Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de



Foto: Ricarda Pätzold, Difu

Mit dem Konzept der Suffizienz wird die Kritik an der „Maßlosigkeit“ in eine Lösungsstrategie gewendet, die in einen Wertewandel und in Transformationsprozesse eingebettet ist. Suffizienz setzt also nicht bei einer Dimension an, sie stellt das Paradigma des permanenten Wachstums generell in Frage. Zudem wird die Frage, wie viel eigentlich genug ist, in die Betrachtung von Konsum und Alltagsverhalten eingebettet. Im Kontext des Wohnens verdichtet sich die Debatte meist schnell auf Gemeinschaftswohnen und das Teilen von Wohninfrastruktur. Berechnungen legen nahe, dass eine andere Verteilung des bestehenden Wohnraums einen wesentlichen Beitrag zur Wohnraumversorgung leisten könnte. Schließlich wird ein geringerer Wohnflächenverbrauch als Beitrag zum Boden- und Umweltschutz und damit auch als Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung gewertet. Gleichzeitig zeigt die Fokussierung auf den Wohnungsmarkt auch die Grenzen einer allein auf individuelles Verhalten abzielenden Appellstrategie. Allokation und Angebotsstruktur des Wohnungsmarkts, Preisentwicklung und konkrete Hemmnisse bei Umbau und Umnutzung erschweren selbst bei hoher Bereitschaft eine Reduzierung der individuellen Wohnflächeninanspruchnahme. Für die wachsende Zahl kleiner Haushalte – insbesondere auch die Bewohnenden von Einfamilienhäusern – stehen kaum die alternativen Wohnangebote zur Verfügung, die ein Suffizienzgedanke nahelegen würde. Hier ist eine sozial sensible Steuerung erforderlich, um das Akzeptanzproblem nicht weiter zu verschärfen. Im Projekt geht es darum, die Vielfalt der Positionen zu Wohnflächensuffizienz im politischen, wissenschaftlichen und fachöffentlichen Diskurs herauszuarbeiten und nicht eine einzige „richtige“ Position zu bestimmen.

Stadt-regionale Klimaanpassung



www.difu.de/18310



Katharina Luig, M.Sc.
+49 30 39001-336
luig@difu.de

Dipl.-Geogr. Luise Willen
+49 221340308-19
willen@difu.de

Stadt-regionale Klimaanpassung

Das Difu erprobt ein Online-Informations- und Beratungstool zur Klimaanpassung in der Region Stuttgart



Foto: Adobe Stock, andrieko

Das bestehende stadt-regionale Online-Beratungstool, das für den Raum Stuttgart sowohl Indikatoren zu Klimafolgen und Anpassungskapazitäten als auch Kosten und Nutzen von Anpassungsmaßnahmen darstellt und bewertet, wird weiterentwickelt und in der Praxis erprobt. Mit dem Projekt „Weiterentwicklung und Erprobung der integrativen stadtregionalen Anpassungsstrategien in einer polyzentrischen Wachstumsregion: Modellregion Stuttgart (ISAP 2) wird das Vorgängerprojekt fortgesetzt. Ein Konsortium – bestehend aus der Universität Stuttgart (IREUS), dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT), der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS), dem Verband Region Stuttgart (VRS), dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), der Dr. Pecher AG und dem Deutschen Institut für Urbanistik – bearbeitet eins von sechs Modellvorhaben im Rahmen der BMBF-Fördermaßnahme „Regionale Informationen zum Klimahandeln“ (RegiKlim). Das Difu übernimmt dabei die Anwendungserprobung und Evaluierung des Online-Informations- und Beratungssystems und auch den projektbegleitenden Erfahrungs- und Wissenstransfer in die kommunale, regionale und Bundesebene.

In Workshops mit Nutzenden aus der Kommune sowie der Region Stuttgart findet die Überprüfung der Praktikabilität des „ISAP-Tools“ statt. Darüber hinaus soll ein Fachgespräch zum bundesweiten Austausch von Kommunen und Landkreisen zu Online-Klimainformationssystemen durchgeführt werden. Aus den Ergebnissen des intensiven Austauschs zwischen den Projektteams sowie mit den anderen Modellregionen werden zentrale Erkenntnisse systematisiert und Impulse für das auf Bundesebene entstehende Klimakataster der räumlichen Entwicklung erarbeitet.

Veranstaltungen

Berichte 1/2024



Foto: Adobe Stock, Brian Jackson

Präsenz- und Online-Fortbildungen zu allen kommunal relevanten Themen

Wissen entsteht im Austausch. Nach dieser Devise bietet das Difu mit seinen Seminaren eine Plattform, um sowohl aus dem fachlichen Input der Wissenschaftler*innen als auch von den Praxiserfahrungen der Difu-Netzwerkpartnern*innen zu lernen. Der Erfahrungsaustausch und die Vernetzung haben in den Difu-Seminaren einen hohen Stellenwert, sowohl vor Ort als auch online.

Es lohnt sich, einen Blick auf die Difu-Website zu werfen, den E-Mail-Newsletter „Difu-News“ zu abonnieren oder dem Difu in den sozialen Medien zu folgen: Auf der Website ist das gesamte Veranstaltungsangebot stets aktuell zu finden – sowohl hauseigene Seminare und Veranstaltungen als auch Veranstaltungen, die das Institut im Rahmen seiner Difu-Forschungs- und Wissenstransferprojekte durchführt.

Difu-Zuwanderstädte profitieren von den besonders günstigen Zuwendertarifen, an Difu-Webseminaren können sie nun sogar kostenlos teilnehmen. Die im Rahmen von Projekten geförderten Veranstaltungen sind oft für alle Teilnehmenden sehr kostengünstig oder kostenfrei. Dazu gehören beispielsweise die Veranstaltungen des Mobilitätsforums Bund, des Zentrums KlimaAnpassung, der Agentur für Klimaschutz oder des Dialogforums zum Schwerpunkt Kinder- und Jugendhilfe.

Wir freuen uns auf den Austausch!



Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf

Leiterin Wissensmanagement und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Veranstaltungsvorschau (Auswahl)

Kommunalrichtlinie: Kommunale Netzwerke

Kommunaler Klimaschutz
8. April 2024, online
➔ www.difu.de/18287

Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune

Kommunaler Klimaschutz
9. April 2024, online
➔ www.difu.de/18243

Agentur-Online: Basics für die treibhausgasneutrale Kommune

Kommunaler Klimaschutz
11. April 2024, online
➔ www.difu.de/18319

„Das heilige Blechle“

Difu-Seminar
11.–12. April 2024, Berlin
➔ www.difu.de/18133

Straßenräume neu denken!

Difu-Seminar
15.–16. April 2024, Berlin
➔ www.difu.de/18286

Drittes kommunales Open-Data-Barcamp 2024

17. April 2024, Frankfurt a.M.
➔ www.difu.de/18317

Agentur-Online: Wohlfahrtsverbände im Fokus

Kommunaler Klimaschutz
18. April 2024, online
➔ www.difu.de/18260

Klimawandel unter ökonomischen Aspekten

Difu-Seminar
22.–23. April 2024, Berlin
➔ www.difu.de/18155

Gemeinsam planen für eine gesunde Stadt

Difu-Seminar
25.–26. April 2024, Berlin
➔ www.difu.de/18135

Radverkehr zwischen Stadt und Umland – Radvorrangrouten und Radschnellverbindungen gemeinsam umsetzen

Fortbildung zum Radverkehr
25.–26. April 2024, Essen
➔ www.difu.de/18245

Kommunalrichtlinie: Klimaschutzkonzept und -management

Kommunaler Klimaschutz
6. Mai 2024, online
➔ www.difu.de/18364

Wirkungsmessung in der Nachhaltigkeitspolitik

Difu-Seminar
6.–7. Mai 2024, online
➔ www.difu.de/18136

Nachhaltige Lösungen für Bestandsquartiere

Difu-Seminar
13.–14. Mai 2024, Berlin
➔ www.difu.de/18136

Weitere Veranstaltungsangebote am Difu

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte

➔ www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Dialogforum Jugendhilfe

➔ www.jugendhilfe-inklusiv.de

Agentur für Kommunalen Klimaschutz

➔ www.klimaschutz.de/de/agentur

Zentrum KlimaAnpassung

➔ www.zentrum-klimaanpassung.de/termine

Mobilitätsforum Bund

➔ www.mobilitaetsforum.bund.de

Überblick sämtlicher Veranstaltungen mit Details, Einzelprogrammen und Online-Anmeldetool – stets aktuell:

➔ www.difu.de/programm

Die Folgen des Klimawandels für die Sicherheit in Städten

Online-Fach Austausch des Difu zur urbanen Sicherheit: Wie beeinflussen die Effekte des Klimawandels die Sicherheit in Städten und welche Handlungsspielräume bieten sich für die Kommunen?

Klimaanpassung und Klimaschutz sind seit Langem zentrale Transformationsherausforderungen für Städte. Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit in urbanen Räumen finden dabei eher langsam Eingang in das öffentliche Bewusstsein. Bei der jüngsten Häufung von Extremwetterereignissen standen vor allem Fragen des Katastrophenschutzes im Fokus. Klimawandeleffekte auf Kriminalität, Unsicherheitswahrnehmung, Nutzungskonflikte und Sicherheitsgewährleistung werden dagegen nur selten thematisiert.

In Kooperation mit dem Deutsch-Europäischen Forum für urbane Sicherheit (DEFUS) lud das Difu deshalb im November 2023 Fachleute aus Kommunen zum Erfahrungsaustausch ein.

Zum Auftakt des digitalen Treffens erläuterte Dr. Felix Munger, Geschäftsführer des Canadian Centre for Safer Communities, wie vielfältig der Klimawandel Gesellschaften belastet und weshalb sich dadurch die Voraussetzungen für Kriminalität und Gewalt verschärfen. Ebenso thematisierte er, wie beide Problemfelder langfristige Risikoorientierung statt kurzfristige anlassbezogene Maßnahmen erfordern und wie dieses Ziel in Kanada mit dem Konzept der „Community Safety & Well-Being“ bereits verfolgt wird. Im Anschluss erläuterte Difu-Wissenschaftler Lawrence Schätzle mit Blick auf die Arbeit des DEFUS, warum Fragen von Klimaanpassung und urbaner Sicherheit auf kommunaler Ebene zwar jeweils intensiv, jedoch nach wie vor weitgehend als getrennte Probleme bearbeitet werden. Zudem wies er auf mögliche Synergien und Zielkonflikte für die Verwaltungen hin.

Prof. Dr. Jörn Birkmann vom Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung der Universität Stuttgart referierte über kritische und sensible Infrastrukturen im Kontext des Klimawandels und des Wiederaufbaus nach Extremereignissen. Er zeigte auf, vor welchen rechtlichen, praktischen und planerischen Hürden Kommunen stehen, die sich gegenüber klimabedingten Schadensereignissen resilienter aufstellen wollen.

Über strategische und operative Belastungen, die für Einsatzorganisationen aus Klimawandeleffekten entstehen, berichtete der Abteilungsleiter für Einsatzplanung und -lenkung, Bevölkerungsschutz

und Forschung der Feuerwehr der Stadt Gelsenkirchen, Ansgar Stening. Beispielhaft nannte er die Zunahme allergener Pollen, vermehrte Hitzetage und tropische Nächte, Starkregenereignisse und Hochwasser.

Zum Abschluss stellte Dr. Peter Tinnemann, Gesundheitsamtsleiter der Stadt Frankfurt am Main, als Praxisbeispiel den städtischen Klimawandelaktionsplan für den gesundheitlichen Bevölkerungsschutz vor, der als integrative Klimaanpassungsstrategie in Vernetzung mit anderen Fachbereichen der Stadt entstand.



Foto: Adobe Stock, Kristof Topolewski

In intensiven Gruppendiskussionen wurden die Vortragsthemen auf Basis eigener praktischer Erfahrungen der Teilnehmenden reflektiert und auf gemeinsame Probleme und Lösungswege hin untersucht. Als kurzfristige und niedrigschwellige Maßnahme wurde dabei der verstärkte „horizontale“ Austausch zwischen Verwaltungsabteilungen angeregt. Mittel- und langfristig sollte ein größeres Angebot an operationalisierbaren, leicht verfügbaren Daten und Forschungsergebnissen zu sicherheitsrelevanten Klimaeffekten in deutschen Stadträumen angestrebt werden. Ebenso ist die Integration verschiedener Bereichskonzepte in einer übergreifenden Resilienzstrategie notwendig.



www.difu.de/18282



Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Lawrence Schätzle, M.A.
+49 30 39001-221
schaetzle@difu.de

Wie vertragen sich erneuerbare Energien und Denkmalschutz?

Stehen Solaranlagen und das Erscheinungsbild von geschützten Gebäuden im Widerspruch? Herausforderungen, Chancen und gute Beispiele aus der kommunalen Praxis waren Thema eines Difu-Seminars.

Dem Gebäudesektor kommt eine wichtige Bedeutung beim Erreichen der Pariser Klimaziele durch CO₂-Einsparung und Klimaneutralität bis 2050 zu. Das Kriegsgeschehen in Europa macht das Erfordernis, unabhängig von fossilen Energieträgern zu werden, noch einmal dringlicher. In den vergangenen Jahren wurde der Klimaschutz auf Ebene des Bundes (u.a. Erneuerbare-Energien-Gesetz, Gebäudeenergiegesetz), der Länder sowie der

November 2023 aus. Mit der Veranstaltung wurde ein bereits angestoßener Diskussionsprozess aus einem Vorgängerseminar im Jahr 2021 fortgesetzt.

Klimaschutz wird in den Denkmalschutzgesetzen vieler Bundesländer mittlerweile mit Vorrang behandelt. So sind Genehmigungen von Solaranlagen auch auf Denkmälern zu erteilen, sofern keine erhebliche Beeinträchtigung des denkmalgeschützten Gebäudes entsteht. Viele Landesdenkmalämter haben mit Publikationen und Beratungsangeboten darauf reagiert. Im Seminar wurden aus drei Ländern Strategien und Handreichungen vorgestellt, wie eine für das Denkmal verträgliche Option gefunden werden kann. Beispiele wie die ehemalige Panzerhalle in Wolfhagen – heute eine Berufsschule – oder die Herrenhausruine des Ritterguts Wülmersen zeigen, wie sich auch bei schwierigen Objekten eine Win-Win-Situation zwischen Erhalt des Denkmals und Energieproduktion erreichen lässt.



Foto: Wolf-Christian Strauss, Difu

Der heutige Denkmalbestand in Deutschland schließt mittlerweile auch Bauten der jüngeren und jüngsten Moderne ein. Anhand von zwei sehr gegensätzlichen Beispielen – dem Quartier Marga-retenhöhe in Essen und der Terrassenhaussiedlung St. Peter in Graz – wurde diskutiert, welche technologischen Beispiele Vorbildcharakter entfalten und Impulse auch für jüngere Denkmale setzen.

Kommunen (u.a. Solardachpflichten) rechtlich gestärkt. Nicht nur im Neubau sollen Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien zum Standard werden, auch im Bestand gilt es, die entsprechenden Potenziale zu nutzen. Damit geraten auch die denkmalgeschützten Gebäudebestände immer mehr in den Fokus. Der Aushandlungsbedarf zwischen den Belangen Klimaschutz, Denkmalschutz und dem optischen Erscheinungsbild von Dachlandschaften nimmt zu.

Vielerorts kann auch ein quartiersbezogener Ansatz Lösungen liefern. So führt die Sammelanlage einer österreichischen Energiegemeinschaft dazu, dass der hochsensible Bereich der Welterbestätte Wachau unbeeinträchtigt bleibt. Der Rechtsrahmen eröffnet in Österreich diesbezüglich jedoch mehr Optionen als in Deutschland.

Wie können die Anforderungen einer geänderten Energieversorgung und des Denkmalschutzes zusammengebracht werden? Welche begleitende Rolle haben dabei die zuständigen Genehmigungsbehörden? Welche Chancen eröffnen technischer Fortschritt und neue Technologien bei Solarmodulen? Anhand kommunaler Praxisbeispiele tauschten sich mehr als sechzig Teilnehmende zu diesen und weiteren Fragen in einem Difu-WebSeminar im

Praxisbeispiele und Diskussion im Difu-WebSeminar zeigten, dass Denkmalschutz und Solarenergie sich nicht gegenseitig ausschließen. Es geht allerdings immer um die Betrachtung des Einzelfalls. Pauschale Lösungen – wie sie sich Bauherr*innen mitunter erhoffen – gibt es nicht. Aber die technischen Fortschritte der letzten zwei Jahrzehnte (Formen, Folien, Farbe, Erscheinungsbild der Solaranlagen) eröffnen immer mehr Möglichkeiten, die Energiegewinnung verträglich auf das Denkmal abzustimmen.

 
www.difu.de/18301


Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
+49 30 39001-296
strauss@difu.de

Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de

Internationales Städtenetzwerk: Diskussion über Superblocks

Auf Einladung des Difu fand ein inspirierender internationaler Erfahrungsaustausch zum aktuellen Thema Superblocks – in Berlin Kiezblocks – statt. Die Gäste diskutierten, wie verkehrsberuhigte Stadtviertel durch Superblocks geschaffen werden können.

An dem internationalen Meeting, das im Rahmen des Forschungsprojekts TuneOurBlock vom 11.-13. Oktober am Berliner Difu-Standort stattfand, waren zahlreiche Fachleute vertreten. Projektpartner kamen aus Österreich (u.a. Stadt Wien, TU Wien), Slovenien (Geografisches Institut) und Berlin (Difu, RIFS Potsdam – Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit, Changing Cities e.V.). Darüber hinaus waren zahlreiche Teilnehmende aus Verwaltungen und Politik der Städte Amsterdam, Barcelona, Bremen, Brüssel, Gent, Hannover, Leipzig, Lodz, London, Rotterdam, Zürich sowie aus verschiedenen Berliner Bezirken und der Berliner Senatsverwaltung für Verkehr dabei.

Viele Städte erleben derzeit einen politischen „Backlash“. So wurden in Barcelona weitere geplante Superblocks nach der Kommunalwahl im Mai 2023 auf Eis gelegt. Auch in Berlin wurden nach dem politischen Wechsel im Februar 2023 die Mittel zur Umsetzung der Kiezblocks in den Bezirken drastisch reduziert. Dass Transformationsprozesse in den Kommunen zunächst Widerstand auslösen sei jedoch normal, so die einhellige Erfahrung der internationalen Städtevertreter*innen. Bedeutsam sei die Kommunikation mit der Bürgerschaft sowie eine mutige Kommunalpolitik mit einer klaren Vision für die Zukunft der Stadt, um der Verwaltung den Rücken zu stärken.

Die Stadt Barcelona hat aus ihren ersten Projekten im Stadtteil Poblenou gelernt und den Austausch mit der Bevölkerung im Rahmen der Planung der weiteren Superblocks inzwischen intensiviert. Weitere Städtevertreter*innen berichteten bei dem Meeting von einem verzerrten Meinungsbild in den Medien, wenn beispielsweise laute Widersacher in der Presse viel Gehör finden, die ruhige, aber zustimmende Mehrheit der Bevölkerung jedoch kaum in den Medien zu Wort kommt. In der Kommunikation ist es wichtig und erfolgreich, frühzeitig und proaktiv den Gewinn durch Kiezblocks für Anwohnende und Gewerbetreibende in den Vordergrund zu stellen: mehr soziale Interaktion in den Quartieren, weniger Unfälle und verletzte Personen, ein florierendes lokales Gewerbe, weniger Lärm und Hitzestau, bessere Luft und damit eine bessere Gesundheit, Umwelt- und Klimaschutz. In deutschen Städten dominieren in der Kommunikation häufig Verkehrsaspekte, was den Gewinn an

Lebensqualität in den Hintergrund drängt. Deutlich wurde, dass temporäre Maßnahmen wie Markierungen, verkehrslenkende Maßnahmen, Sitzgelegenheiten und bewegliche Pflanzkübel helfen, den Mehrwert der Superblocks erlebbar zu machen. Daher sollten sie zum festen Bestandteil eines Planungsprozesses werden. Manche der Teilnehmenden bezeichneten temporäre Umsetzungen sogar als „das neue Normal“.



Neben dem Umgang mit Gegenwind wurden auch viele ermutigende Erfahrungen ausgetauscht. Wien hat im Oktober den Spatenstich zur dauerhaften Umsetzung des Supergrätzels „Favoriten“ gefeiert. In Gent fordert die Wohnbevölkerung eine Ausweitung der erfolgreichen Verkehrsberuhigung der Innenstadt auf ihre Wohnviertel. Die Stadt Lodz berichtet, dass die Umsetzung flächenhafter Verkehrsberuhigungsmaßnahmen zu einer Revitalisierung der Innenstadt beiträgt. Immer mehr deutsche Städte prüfen die Einführung von Superblocks. Hannover hat zum Beispiel eine Machbarkeitsstudie von drei exemplarisch ausgewählten Stadtvierteln in Auftrag gegeben. Auf Einladung des Vereins Changing Cities fand im November 2023 in Darmstadt eine sehr gut besuchte erste Superblock-Konferenz statt, an der Fachleute aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen. Viele Städte haben mittlerweile die Vorteile dieser menschen- und umweltfreundlichen Lebensumfeldgestaltung für sich entdeckt.



www.difu.de/18157



Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Dr. Lisa Ruhrort
+49 30 39001-108
ruhrort@difu.de

Einstieg in die kommunale Wärmeplanung

Wie kann der Einstieg in die kommunale Wärmeplanung als neue Pflichtaufgabe für Kommunen gelingen? Ein WebSeminar im November 2023 gab praktische Hilfestellungen.

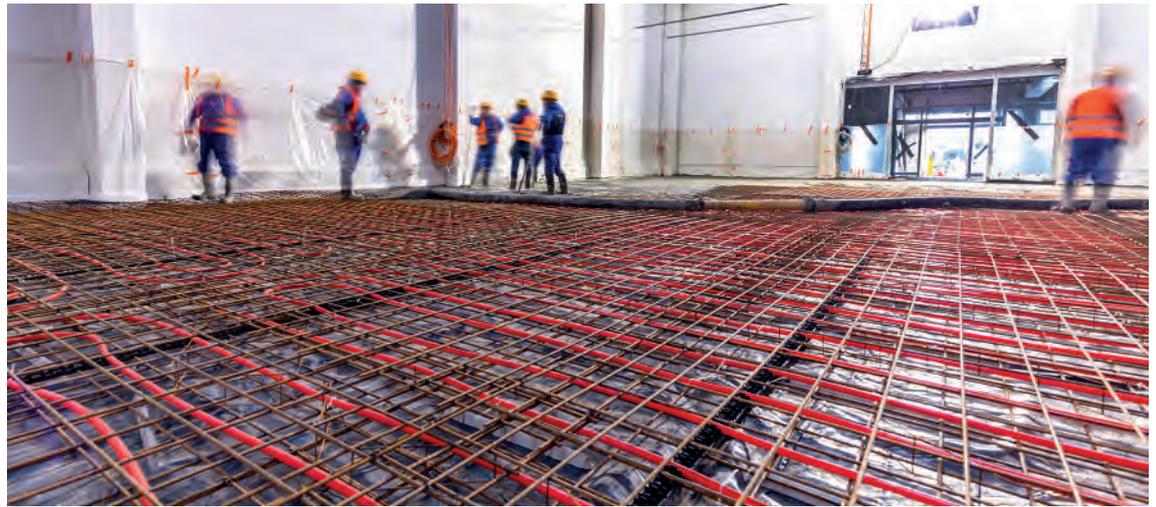


Foto: Adobe Stock, Photocreo Bednarek

Städte wie Rostock oder Konstanz sind vorangegangen und haben kommunale Wärmepläne erarbeitet. Bis 2026 bzw. 2028 müssen aber alle Städte eine kommunale Wärmeplanung vorlegen. Ein entsprechendes Bundesgesetz ist am 1.1.2024 in Kraft getreten und wird in naher Zukunft durch die Bundesländer konkretisiert. Viele Kommunen befinden sich noch in einer Start- und Orientierungsphase, was diese neue Pflichtaufgabe angeht.

Unter diesem Vorzeichen setzte das Difu sein Fortbildungsangebot zum Thema im November 2023 in einem WebSeminar fort, um praktische Hilfestellung für den Einstieg in die kommunale Wärmeplanung zu geben. Neben der Beantwortung spezifischer Fragen wurde diskutiert, wie Kommunen den Prozess der Wärmeplanung in Gang bringen können und wie sie dafür organisatorisch am besten aufgestellt sind.

Die kommunale Wärmeplanung ist ein strategisches Instrument, das den Weg einer Kommune zur treibhausgasneutralen Wärmeversorgung beschreibt. Es ermöglicht Kommunen, im engen Schulterschluss mit Energieversorgern und Schlüsselakteuren unter systematischer Prüfung und Nutzung aller Potenziale für das gesamte Gemeindegebiet ein Zielbild für eine treibhausgasneutrale Wärmeversorgung zu entwickeln. Beispielsweise werden Gebiete ausgewiesen, die sich für eine Versorgung mittels Wärmenetz eignen. Wärmeplanung umfasst aber auch eine Umsetzungsstrategie und endet nicht mit

der Fertigstellung des Plans, sondern ist eine Daueraufgabe.

Im Seminar wurde der interkommunalen Kooperation eine große Bedeutung beigemessen. Gerade für kleinere Gemeinden stellt es angesichts begrenzter personeller Ressourcen eine interessante Option dar, sich für die Erarbeitung eines Wärmeplans zusammenzutun. Beispielhaft dafür stand im Seminar der Vortrag zu Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit beim interkommunalen Wärmeplan des Landkreises Lörrach. 35 Kommunen nahmen an diesem vom Land Baden-Württemberg geförderten Pilotprojekt teil. Die Federführung lag beim Landkreis, der wiederum ein Planungsbüro beauftragte. Ziel des Projekts war es, unter Vernetzung und Einbindung relevanter Akteure wie Kommunen, Energieversorgern und Industrie einen landkreisweiten Transformationspfad zu erarbeiten. Bei engen funktionalen oder organisatorischen Verknüpfungen sind interkommunale Wärmepläne auch für größere Städte in Betracht zu ziehen.

Die aktuelle Phase lässt sich als Suchprozess nach geeigneten Instrumenten zur Umsetzung der Wärmeplanung charakterisieren. Noch ist nicht geklärt, welche Rolle stadtplanerische Instrumente einnehmen können und sollten. Oliver Antoni von der Stiftung Umweltenergie recht ging daher in seinem Vortrag auf die Frage der Verbindlichkeit der Wärmeplanung, die Verknüpfung mit dem Gebäudeenergiegesetz und rechtliche Möglichkeiten zur Umsetzung kommunaler Wärmepläne ein.

Von der Strategie in die Umsetzung der Innenentwicklung

Mit welchen Instrumenten gelingt es, das Gebot der Innenentwicklung in den Kommunen effektiv umzusetzen? Dies diskutierten Expert*innen aus ganz Deutschland bei einem Difu-Seminar in Berlin.



Foto: Adobe Stock, tillalucida

Städte und Gemeinden müssen noch mehr Aufmerksamkeit auf die Innenentwicklung sowie die Entwicklung des Siedlungsbestands richten. Der Vorrang der Innenentwicklung ist dabei nicht allein eine gesetzliche Vorgabe. Die Städte behutsam nachzuverdichten, kompakt und grün umzubauen, ist nicht nur ökologisch, sondern auch stadtwirtschaftlich und städtebaulich sinnvoll. Baulücken gehören bebaut, Brachflächen einer neuen Nutzung zugeführt. Auch andere Maßnahmen wie der Ausbau von Dachgeschossen, die Aufstockung von Gebäuden können wichtige Beiträge leisten.

Im Seminar wurde der Frage nachgegangen, mit welchen Strategien und Instrumenten diese Ziele besser umgesetzt werden können als in der Vergangenheit. Beleuchtet wurde daher die ganze Palette instrumenteller Optionen: u.a. Innenentwicklungskonzept, Vorkaufsrechte, Baugebote, aber auch weiche, informelle Instrumente wie die Ansprache von Eigentümer*innen, Testentwürfe, Informationstools, Baulückenkataster etc. Ziel war es, basierend auf Einführungen zum Stand der Forschung mit praktischen Beispielen, die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen zu verdeutlichen.

Am ersten Tag stand der konzeptionelle Rahmen der Innenentwicklung im Vordergrund. Dabei wurde deutlich, dass eine konzeptionelle Befassung mit den innerstädtischen Flächenpotenzialen essenziell für eine gute Innenentwicklung ist. Sie bietet die Chance, die umfassenden Interessen der Stakeholder zu steuern. Gleichzeitig können

Priorisierungen vorgenommen werden und Handlungsfelder mit einem konkreten Maßnahmenpaket unterlegt werden. Dies führt zu einer Bündelung und damit einer effizienten Herangehensweise, was in Zeiten des Fachkräftemangels wichtig ist.

In drei Werkstattberichten wurden die verschiedenen Anknüpfungspunkte einer konzeptionellen Befassung mit der Innenentwicklung verdeutlicht. Von der Steuerung der Siedlungsentwicklung in einer kleineren Kommune (Leer) über ein Programm zur Schließung von Baulücken (Köln) bis hin zur Umnutzung großer Bahnareale (Braunschweig) zeigte sich die Vielschichtigkeit der Innenentwicklung. Anschließend boten Arbeitsgruppen die Möglichkeit zum vertieften Austausch. Dabei zeigte sich, dass viele der Teilnehmenden ähnliche Erfahrungen bei Nachverdichtungsvorhaben machen – beispielsweise bei der Einbeziehung der Bevölkerung.

Der zweite Tag stand ganz im Sinne des städtebaulichen Instrumentariums im Baugesetzbuch (BauGB). Die theoretische Einführung wurde jeweils mit Praxisbeispielen aus den Kommunen unterlegt. Dabei wurde auch explizit der Fokus auf weniger stark genutzte Instrumente wie das Baugebot gelegt. Hier hat der Erfahrungsbericht aus Nürnberg gezeigt, dass man mit dem strategischen Einsatz von Baugeboten auch Grundstückseigentümer*innen von einer Bebauung ihrer Grundstücke überzeugen kann. Abgerundet wurde die Veranstaltung mit einem Blick auf die Themen der anstehenden BauGB-Novelle.



www.difu.de/18265



Ass.iur.
Magnus Krusenotto
+49 30 39001-157
krusenotto@difu.de

Fachdebatte über Spezialisierung und Generalisierung im Jugendamt

Stehen Spezialisierung und Generalisierung im Widerspruch zueinander in einem inklusiv gestalteten Jugendamt? Welche Wege gehen Jugendämter zukünftig? Dieser Frage gingen Fachleute der Kinder- und Jugendhilfe in einer Veranstaltung im Difu nach.

Im Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“ im Difu, gefördert vom BMFSFJ, diskutierten am 11. Dezember 2023 Leitungs- und Fachkräfte aus der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe darüber, wie das Verhältnis von Generalisierung und Spezialisierung mit Blick auf Inklusion neu zu beschreiben ist. Erörtert wurde, wie sich die Strukturen in den Jugendämtern hin zu spezialisierten oder eher generalistischen Angeboten entwickeln werden, welche Herausforderungen für die Leitungs- und Fachkräfte damit verbunden sind und welche Wege der Kompetenzerweiterung es gibt. Insgesamt ging es um eine Grundverständigung über inklusive Strukturen und Haltungen. Die Teilnehmenden diskutierten über Rahmenbedingungen für die Umsetzung und Praxisbeispiele.

Mit der Frage, ob Spezialisierung und Generalisierung im Widerspruch zueinander in einem inklusiv gestalteten Jugendamt stehen, setzte sich Delia Godehardt, Transform Sozial – Privates Institut für Soziale Transformation, Berlin, auseinander. Sie beschrieb Soziale Arbeit als Profession des Komplexitätsmanagements und damit als „Befähigungs- und Veränderungsprofession“. In diesem Sinne gibt es keinen Widerspruch zwischen Spezialisierung und Generalisierung, beides gehört zur sozialen Arbeit. Im Fokus steht eher die Diskrepanz zwischen einem komplexen und intransparenten Alltag und der komplizierten Aufstellung der Verwaltung, in der es für Bürger*innen zunehmend schwierig ist, Strukturen zu verstehen und Ansprechpartner*innen zu finden. Folgt man Delia Godehardt, geht es nicht um eine „Entspezialisierung“, sondern darum, Fachwissen zu teilen und Kooperationen einzugehen, um gemeinsam neue Lösungen zu finden. Wichtig sind dabei multiperspektivische Teams, die im (Fach-)Wissen und Handeln vernetzt sind. Dies bedeutet: Komplexitätsmanagement benötigt eine generalistisch aufgestellte Spezialisierung. Schließlich findet der Alltag von Familien nicht in Spezialisierung, sondern vor Ort im Sozialraum statt und erfordert von Fachkräften, sich in diesen Sozialräumen auszukennen und zu wissen, wie Hilfe möglich ist. Dies gelingt nur mit großer Nähe zum Alltag der Kinder und Jugendlichen.

Wie eine inklusive Jugendhilfeplanung zwischen Spezialisierung und Generalisierung gelingt, erläuterte Prof. Dr. Stefan Godehardt-Bestmann,

Transform Sozial, in seinem Vortrag ‚Ressourcenorientierung als „kultureller Wechsel“ muss gelebt werden‘. Im Hinblick auf Inklusion in der Kinder- und Jugendhilfe sieht er hier Nachjustierungsbedarf. Aus Sicht von Familien nehme das Jugendamt eine zu sehr ökonomisch motivierte Perspektive ein. Im Mittelpunkt müsse aber ein Dialog über Lebensqualität, nicht über Versorgungsqualität stehen. Fachlichkeit bedeute hierbei auch eine Rekommunalisierung der Leistungserbringung.



Foto: Adobe Stock, Africa Studio

Was wäre aus Leitungsperspektive/fachlicher Perspektive zielführend für Familien? Zu dieser Frage positionierten sich drei Leiter*innen von Einrichtungen öffentlicher und freier Träger. In der Diskussion wurde u.a. auf den Fachkräftemangel, das Fachkräftegebot sowie die tarifrechtlichen Bestimmungen mit Blick auf einzubeziehende Expert*innen hingewiesen. Besonders wichtig sei eine intensive Partizipation Betroffener, die auch zu einer Entlastung von Fachkräften beitragen kann. Gefordert ist nicht nur Fachwissen, sondern auch kommunikatives Know-how. Plädiert wurde dafür, die Chancen einer gemeinsamen Entwicklung zu sehen, die ein generalistisches Vorgehen mit sich bringen kann und die „Chance des Umbruchs“ zu nutzen, die jetzt durch die angestrebte Umsetzung der inklusiven Lösung besteht. Die Teilnehmenden äußerten den Wunsch, eine stärkere Vergleichbarkeit mit ähnlich aufgestellten Kommunen herzustellen, um die eigene Arbeit besser einzuordnen und voneinander zu lernen.



www.difu.de/18274



Dipl.-Soz.
Kerstin Landua
+49 30 39001-135
landua@difu.de

Wohnen und Arbeiten in produktiven Stadtquartieren

Seit den 1990er-Jahren wird für die Überwindung der Funktionstrennung geworben, allein die Umsetzung gemischter urbaner Quartiere erscheint überaus voraussetzungsvoll. Im Rahmen eines Difu-Seminars wurden Strategien und Instrumente diskutiert.

Sortenreine Standorte – in Gestalt von Schlafstädten, Bürostandorten und auch Gewerbegebieten – stehen seit Jahren in der Kritik. Gemischt genutzte, urbane Stadtquartiere (Neubau und Bestand) schaffen dagegen die Grundlage für vielfältige Alltagswelten. Die Potenziale reichen von Verkehrsvermeidung über lokale Wertschöpfung bis zu Flächensparen und dem Gewinn von Lebensqualität, soweit die Theorie. In der Praxis – so die Seminarteilnehmenden aus den Städten – führt gerade der Druck auf den Wohnungsmärkten vielerorts zu Verdrängungsprozessen, indem Gewerbeflächen in Wohnbauflächen umgewandelt werden oder ein nennenswerter Gewerbeanteil im Mischgebiet oder Urbanen Gebiet gegenüber den Flächeneigentümern nicht durchzusetzen ist. Gleichzeitig setzt sich die sukzessive Verdrängung kleinerer Gewerbebetriebe aus den Bestandsquartieren fort. Es scheint, dass die langjährige Praxis der Nutzungstrennung, die Vorstellungskraft, was wie zueinander passen könnte, und die gegenseitige Toleranz stark eingeengt hat. Hinzu kommt, dass Vorschriften wie die Baunutzungs- oder die Immissionsschutzverordnung als latent „mischungsfeindlich“ angesehen werden.

Trotz der auf den ersten Blick ernüchternden Befunde zeigten das Interesse am Seminar und die vorgestellten Beispiele, dass Wege und Mittel gefunden werden können. Die Werkstattberichte der IBA Stuttgart 27 und des Koch-Quartiers in Zürich stellten jeweils den Prozess der Quartiersentwicklung in den Vordergrund. Ein wesentlicher Schlüssel wurde im Finden eines gemeinsamen Verständnisses bzw. einer gemeinsamen Vision im Dreieck von Verwaltung, Gemeinderat und Projektträgern gesehen. Unerlässlich erscheint auch eine fachliche Begleitung, die die Kommunikation sicherstellt, mit Expertise zur Seite steht und dafür sorgt, dass eine Vertrauensbasis Synergien und Innovationen fördert. Diese Eindrücke wurden von den Referierenden aus Wien, Berlin und Rostock bestätigt: Einzelne Instrumente, wie die Ausweisung einer „rosa Zone“ (gewerbliches Mischgebiet) oder ein Erdgeschossmanagement, können alleine kaum eine Veränderung der Weichenstellung bewirken.

Die großen Unbekannten in der Debatte um Nutzungsmischung sind die „Investoren“ sowie

auch die Gewerbetreibenden selbst. Im Vortrag eines Bestandshalters spielte die Arbeit mit der vorhandenen Vielfalt und die Auseinandersetzung mit den spezifischen Bedarfen von Mikrolagen als Grundlage der Weiterentwicklung eine wichtige Rolle. Die Forderung auch produzierendes Gewerbe in Wohnquartieren anzusiedeln, wurde dagegen skeptisch gesehen. Das stärkste Plädoyer dafür kam von einem Vertreter des Handwerks: In Hamburg Altona fand die alltägliche Geschichte der Kündigung von Gewerberäumen und Suche nach einem neuen Standort ein gutes Ende. Dies wäre aber ohne enormes Engagement, Hartnäckigkeit und eine sehenswerte Kampagne – alles neben dem laufenden Handwerksbetrieb – kaum denkbar gewesen. Im Ergebnis wurde eine Genossenschaft gegründet und damit schließt sich der Kreis zum Wohnen. Auch dort sind gemeinwohlorientierte Akteur*innen zentral, um Bezahlbarkeit



Foto: Ricarda Pätzold, Difu

und langfristige Perspektiven zu sichern. Die Renaissance der Gewerbehöfe – so ein Ergebnis des Seminars – wäre ein zentraler Baustein für Bestandserhalt und Ansiedlung von Unternehmen in Wohnquartieren. Die Beziehungen zur Bewohnerschaft werden schnell geknüpft, sei es über den Bau einer Küche, ein Schülerpraktikum oder die Reparatur des Motorrads.



www.difu.de/18298



Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Dipl.-Ing. Franciska
Frölich v. Bodelschwingh
+49 30 39001-245
froelich@difu.de



Hansestadt Lüneburg – zwischen mittelalterlichem Flair und Moderne

Ab 2024 profitiert auch die Hansestadt Lüneburg als Difu-Zuwanderstadt von den Difu-Serviceleistungen und dem erweiterten Forschungs-, Fortbildungs- und Beratungsangebot für Kommunen. Ein Blick in eine Stadt mit einem einzigartigen Mix.



Foto: Stadt Lüneburg

Mitten in der Lüneburger Heide, im Nordosten Niedersachsens, trifft Tradition auf Innovation. Mittlerweile nennen knapp 80.000 Menschen Lüneburg ihr zu Hause. Die Geschichte der Stadt reicht bis ins Jahr 956 zurück, als Lüneburg zum ersten Mal urkundlich erwähnt wird. Mit den vielen Giebeln, kopfsteingepflasterten Gassen und Fachwerkhäusern versprüht die Stadt einen besonderen Charme. Die Hansestadt hat eine enge Beziehung zum Salz und war bereits im Mittelalter ein wichtiges Zentrum des Handels. Das „Weiße Gold“, wie das Salz oft genannt wurde, wurde über die Ilmenau in andere Regionen transportiert. Heute erzählt das Deutsche Salzmuseum diese beeindruckende Geschichte und bietet einen Einblick in die Bedeutung des Salzes für Lüneburg.

Mehr als 1500 Baudenkmale machen die Hansestadt zu einem Touristenziel, in dem viel zu entdecken ist. Doch Lüneburg ist mehr als nur eine historische Kulisse. Die Stadt strotzt vor Leben, dank einer besonderen Kulturszene, vielfältiger Einkaufsmöglichkeiten und einer lebhaften Gastronomie. In den verwinkelten Gässchen der Altstadt laden gemütliche Cafés, traditionelle Brauhäuser und trendige Bars zum Verweilen ein, während Veranstaltungen wie die Weihnachtsstadt oder das Stadtfest das ganze Jahr über Besucher*innen anziehen.

Innovative Unternehmen, die Leuphana-Universität und eine engagierte Stadtgesellschaft machen Lüneburg zu einem Standort für Bildung und Forschung und sorgen für einen frischen Wind. Auch zum Wohnen ist Lüneburg - Teil der Metropolregion Hamburg - ein attraktiver Ort. Dies liegt unter anderem an der Nähe und guten Anbindung zur benachbarten Hansestadt Hamburg.

Das Stadtgebiet mit seinen 17 unterschiedlichen Stadtteilen Lüneburgs umfasst gerade einmal 70 Quadratkilometer, weshalb die meisten Strecken ganz einfach zu Fuß, mit dem Fahrrad oder den öffentlichen Verkehrsmitteln zurückzulegen sind. Um die Mobilitätswende gut zu schaffen, baut Lüneburg kontinuierlich neue Radwegeverbindungen, stellt weitere E-Ladesäulen auf und erweitert sein Fahrrad-Leihsystem „StadtRAD“.

Nicht zuletzt zeichnet sich die Stadt Lüneburg durch seine vielen Wälder, Parks und die naturnahe Lage aus und gehört zum Naturpark Lüneburger Heide. Umgeben von idyllischen Landschaften der Lüneburger Heide und des Elbtals bietet die Stadt zahlreiche Möglichkeiten für Outdoor-Aktivitäten wie Bootfahren, Wandern und Radfahren und stellt ebenso einen perfekten Ort zur Erholung dar.





Dr. Michaela Christ

leitet seit September 2023 das Team Nahmobilität im Difu-Forschungsbereich Mobilität am Standort Berlin. Sie konzipiert und organisiert Fortbildungen zur Förderung des Radverkehrs und forscht zu nachhaltiger Mobilität und suffizienzorientierter Stadtentwicklung. Gegenwärtig liegt ein Schwerpunkt ihrer Forschungstätigkeit auf der Beschleunigung von Planungsprozessen in Kommunalverwaltungen. Sie vertritt das Difu unter anderem im FahrRat, einem Gremium, das die Senatsverwaltung Berlin bei der Planung und Umsetzung von Radverkehrsmaßnahmen berät und unterstützt. Zuvor verantwortete Michaela Christ den Forschungsbereich Historische Transformationsforschung am Norbert Elias Center der Europa-Universität Flensburg und leitete dort den Master-Studiengang Transformationsstudien.

Lisa Dreier

arbeitet seit Juni 2023 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen am Difu-Standort Berlin. Dort ist sie in der Koordinierungs- und Transferstelle (KTS) der Modellprojekte Smart Cities (MPSC) für die Beratung der geförderten Kommunen und die wissenschaftliche Begleitforschung im Programm zuständig. Zuvor unterstützte sie Akteure aus der Privatwirtschaft sowie öffentliche Institutionen als Projektleiterin bei der Konzeption und Umsetzung von

Vermittlungskonzepten in den Bereichen Kulturwirtschaft, Baukultur und Stadtentwicklung. Lisa Dreier studierte Urbanistik (B.Sc.) an der Bauhaus-Universität Weimar. Während ihres Masterstudiums der Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin (M.Sc.) beschäftigte sie sich mit der Implementierung und Evaluation von Transformationsprozessen in der Raumentwicklung.

Ludwig Hentschel

ist seit August 2023 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Umwelt am Standort Berlin. Bei der Agentur für kommunalen Klimaschutz berät er Kommunen und entwickelt verschiedene Produkte zum Wissenstransfer und Kapazitätsaufbau, um Kommunen beim Erreichen ihrer Klimaschutzziele zu unterstützen. Er absolvierte sein Studium an den Universitäten in Erfurt (B.A. Staatswissenschaften) und Leipzig (M.A. Soziologie) mit Auslandssemestern in Polen und Tansania. Bevor Ludwig Hentschel ans Difu kam, sammelte er in einem StadtLand-Plus Projekt Erfahrungen in der (inter)kommunalen Arbeit. Zusätzlich entwickelte und verantwortete er Projekte im Bereich der regionalen Wertschöpfung und arbeitete unter anderem als Bio-Regio-Manager beim Ernährungsrat Leipzig e.V.

Dr. Jasmin Jossin

hat von 2016 bis 2023 im Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen zur kommunalen Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele, zum Nachhaltigkeitsmanagement und zur Nachhaltigkeitsbildung geforscht und Kommunen beraten. Begleitend dazu leitete sie verschiedene interne Arbeitsgruppen, moderierte externe Veranstaltungen und repräsentierte das Difu in verschiedenen Gremien, wie dem Verband Deutscher Städtestatistiker und im Fachforum „Kommunen Bildung für nachhaltige Entwicklung“ des BMBF. Zuletzt hat sich Jasmin Jossin intensiv mit Visionen und Narrativen zur Zukunft der Städte und mit transformativer Bildung befasst. Ab April 2024 wird sie dazu an der Fachhochschule Potsdam am Fachbereich Design und in der Profillinie „Digitale Transformation – Urbane Zukunft“ forschen und lehren.

Ricarda Pätzold

ist bereits seit vielen Jahren als renommierte Wissenschaftlerin und Projektleiterin am Difu tätig und seit 2024 neue Bereichsleiterin des Forschungsbereichs Stadtentwicklung, Recht und Soziales am Difu-Standort Berlin. Sie forscht im Schwerpunkt zu den Themen Innenstadtentwicklung und Wohnen. Die Diplom-Ingenieurin hat zahlreiche Studien veröffentlicht, viele Vorträge gehalten, Seminare konzipiert und Medieninterviews gegeben. Zudem ist sie in verschiedenen Gremien aktiv, wie etwa bei der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL), dem Deutschen Städte- und Stadtentwicklungstag (DST) und dem UmweltEuro-Projektbeirat der GASAG. Zuvor arbeitete Ricarda Pätzold u.a. freiberuflich mit den Schwerpunkten Stadtforschung und strategische Stadtentwicklung sowie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin.



Gründe für Zuversicht in den Kommunen sichtbar machen

Die Städte stehen vor großen Herausforderungen, denn die Folgen multipler Krisen sind zu

bewältigen und wirken sich vor allem vor Ort aus. Trotz dieser großen Belastung passiert in den Kommunen viel Positives. Gute Ideen werden umgesetzt und tragen dazu bei, das Leben in unseren Städten zu verbessern und zukunftsfest zu machen.

Wir haben zum Jahresbeginn 2024 in den Kommunen und bei den Difu-Mitarbeitenden nachgefragt, was für sie im Jahr 2023 bemerkenswert war und über welche kommunalen Aktivitäten sie sich besonders gefreut haben.

Die Antworten haben wir auf einer Sonderseite zusammengestellt:

[➔ www.difu.de/18172](https://www.difu.de/18172)

Abgebildete (v.l.n.r.)

Michaela Christ, Lisa Dreier, Ludwig Hentschel (Fotos: Vera Gutofski), Jasmin Jossin (Foto: David Ausserhofer), Ricarda Pätzold (Foto: Annette Koroll).



#Zusammenland – Vielfalt macht uns stark

Auch das Difu hat sich der Gemeinschaftsinitiative von DIE ZEIT, Handelsblatt, Süddeutsche Zeitung, TAGESSPIEGEL, WirtschaftsWoche und Ströer angeschlossen. Sie setzen mit der Kampagne „#Zusammenland – Vielfalt macht uns stark“ gemeinsam mit Wirtschaftsunternehmen, Wissenschaftseinrichtungen, Stiftungen und Verbänden ein Zeichen gegen Rechtsextremismus und bekennen sich zu Freiheit, Vielfalt und einer Willkommenskultur.

➔ www.t1p.de/xokza

Bewegungsfreundliche Kommunen

Bewegung fördert Wohlbefinden, Teilhabe und Lebensqualität älterer Menschen. Mit Maßnahmen zur Bewegungsförderung können Kommunen die Gesundheit ihrer älteren Bürger*innen und Bürger aktiv unterstützen und gestalten. Difu-Wissenschaftlerin Christa Böhme ist Mitglied einer Arbeitsgruppe der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), die Kommunen zum Thema berät. Vielfältige Informationen für Kommunen stehen online bereit.

➔ www.t1p.de/h13y7

„KlimaMandat“ – neues Angebot für Ratsmitglieder

Mit „KlimaMandat – Schulung für kommunale Ratsmitglieder“ bietet die Agentur für kommunalen Klimaschutz am Difu ein Format speziell für die Kommunalpolitik. Die Veranstaltungen informieren über klimarelevante kommunale Handlungsfelder, verdeutlichen wesentliche Rahmenbedingungen für Klimaschutz in Kommunen und zeigen auf, wie Klimaschutz systematisch zum Thema in der Gremienarbeit gemacht werden kann. Das Angebot (digital und vor Ort) richtet sich explizit an ehrenamtliche Mandatsträger*innen in Kommunen.

➔ www.t1p.de/6gqd1

Wiederaufbau in Hochwassergebieten von 2021

Am 12. Januar hielt Difu-Wissenschaftler Jens Hasse vor rund 400 Teilnehmenden beim 54. Internationalen Wasserbau-Symposium (IWASA) in Aachen den Vortrag „Chance Wiederaufbau – Stadtentwicklung und Wasserwirtschaft zusammendenken“. Dieser fasst Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus dem Projekt KAHR

zusammen, wie der Wiederaufbau in den Flutgebieten zukunftsorientiert und „besser als bisher“ („Built back better“) gestalten werden kann. Das BMBF-Projekt KAHR begleitet den Wiederaufbau nach der Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz seit 2021 wissenschaftlich.

➔ www.t1p.de/dmbom

Kommunale Wärmeplanung in kleinen Kommunen

Die Umsetzung der Wärmewende ist wichtig für den Klimaschutz. Ein Impulspapier des Arbeitskreises Kommunaler Klimaschutz (AKK) zeigt auf, wie insbesondere kleine Kommunen die Wärmewende vor Ort als Chance sehen und nutzen sollten. Systematisch erläutert es für Fachleute vor Ort die notwendigen Abwägungen und Schritte auf dem Weg zur Wärmeplanung und bietet überzeugende Hinweise und Argumente mit Blick auf Verwaltung, Politik und Bürgerschaft.

➔ www.difu.de/17964

Stadtforum Berlin: Wasser

Am 27. November startete die Veranstaltungsreihe: „[Un]sichtbare [Infra]strukturen Berlins zukunftsfähig weiterentwickeln“ des Stadtforum Berlin mit dem Schwerpunkt Wasser. Ziel der Reihe ist es, Infrastruktursysteme als wesentliche Voraussetzung einer integrierten und zukunftsorientierten Stadtentwicklung in den Blick zu nehmen. Im „Senator Talk“ sprach Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold mit Stadtentwicklungssenator Christian Gaebler und Prof. Dr. Christoph Donner, dem Vorstandsvorsitzenden der Berliner Wasserbetriebe.

➔ www.t1p.de/gkzuz

Schwammstadt als kommunale Vernetzungsaufgabe

Am 30. November 2023 lud das Zentrum für KlimaAnpassung (ZKA) zum dritten Mal Klimaanpassungsmanager*innen und Akteur*innen im Bereich der Klimaanpassung zur ZKA-Online-Vernetzungskonferenz ein. Der Difu-Wissenschaftler Jan Hendrik Trapp stellte Ergebnisse aus dem Projekt „netWORKS 4“ zum Thema „Die Schwammstadt als kommunale Vernetzungsaufgabe“ vor.

➔ www.t1p.de/3mhm1

Klimawandel in historischen Stadtkernen begegnen

Welche Förderungen gibt es für Klimaanpassungsmaßnahmen und wie können Städte klimaresilient werden? Diese Fragen beantwortete Difu-Wissenschaftler Robert Böhnke in seiner Keynote der Fachtagung „Klimaresiliente historische Altstädte – Anpassung gestalten“ am 10. November. Er stellte Angebote des ZKA vor und gab einen Einblick in das Programm „Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel“. Veranstalter war die Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg.

➔ www.t1p.de/w29ns

Difu auf POLIS-Conference 2023

Difu-Wissenschaftlerin Martina Hertel hielt bei der Konferenz im belgischen Leuven den Vortrag „The perspective of climate-friendly urban development and mobility: Comparison of 10 European cities“. Sie schilderte Erfahrungen aus dem Difu-Projekt „Klimagerechte Stadt- und Mobilitätsentwicklung – was wir von europäischen Städten lernen können“. Difu-Wissenschaftlerin Dr. Lisa Ruhrort hielt den Vortrag „Tune our Block! Transferability of Barcelona Superblock concepts in European cities“. Sie beschrieb Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Projekt „TuneOurBlock“, das im Rahmen des Programms „JPI Urban Europe“ von der Europäischen Kommission gefördert wird.

➔ www.t1p.de/tkiyy

Klimaschutz gemeinsam angehen

Im Rahmen des vom BMWK finanzierten und vom Difu von 2021 bis 2023 durchgeführten Projekts „Klimaaktive Kommunen – Ideenpool und Wegweiser“ wurden Simulationslabore mit zwölf Kommunen durchgeführt. Ein Tutorial stellt die Ergebnisse vor, um sie dem „Peer to peer“-Ansatz entsprechend auch für andere Kommunen verfügbar zu machen.

➔ www.difu.de/18226

Fotos (v.l.n.r.)

1: Adobe Stock (standret), 2: Adobe Stock (Syda Productions) 3: Adobe Stock (STOCK PHOTO 4 U)

Neues im Difu Inter-/Extranet

Berichte 1/2024



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Semindokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen.

Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen an die Infos über die Difu-Homepage im „Extranet“. Im Berichte-Magazin sind Exklusiv-Inhalte mit diesem Symbol  gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte und -verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:

 www.difu.de/extranet/

Übersicht der Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:

 www.difu.de/15192

Sollte trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, so hilft der Bereich Wissensmanagement gern weiter:

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Fragen zu Difu-Publikationen:

Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Bestellungen:
+49 30 39001-253
vertrieb@difu.de

 www.difu.de/publikationen

Veröffentlichungen zum Download

Difu-Magazin Berichte 1/2024

 www.difu.de/18359

Difu-Jahresrückblick 2023

 www.difu.de/18357

Lebenswerte Städte und Regionen

 www.difu.de/18344

Die ersten 100 Tage als Klimaanpassungsmanager*in

 www.difu.de/18341

#Klimahacks – Mach dein Projekt: Kommunale Wege zur Freiflächen-Solarthermie

 www.difu.de/18326

Transformation regionaler Infrastrukturen für einen sozial-ökologischen Strukturwandel

 www.difu.de/18300

Stromnetzausbau: Kommunen als „Dialogbrücken“

 www.difu.de/18259

#Klimahacks – Mach dein Projekt: Wärme aus Abwasser

 www.difu.de/18237

Kommunen vernetzen

 www.difu.de/18284

Umweltgerechtigkeit im Städtebauförderungsprogramm „Sozialer Zusammenhalt“

 www.difu.de/18241

Klimaschutz gemeinsam angehen

 www.difu.de/18226

Veranstungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Mobilität von morgen – Kurzvortrag von Difu-Wissenschaftlerin Dr. Lisa Ruhrort

 www.t1p.de/9powm

Radverkehrsprojekte schneller umsetzen

 www.difu.de/16316

Möglichkeitenräume?!

  www.difu.de/18349

Innerstädtische Flächen mehrfach nutzen

  www.difu.de/18337

Neue Realitäten anerkennen und damit umgehen

  www.difu.de/18283

Fachdebatte über Spezialisierung und Generalisierung im Jugendamt

  www.difu.de/18239

Klimawandel und Sicherheit in Städten

  www.difu.de/18215

Solaranlagen auf Denkmälern

  www.difu.de/18238

Kommunale Wärmeplanung

  www.difu.de/18214

Produktive Stadtquartiere

  www.difu.de/18216

Nachrichten aus dem Difu-Extranet

  www.difu.de/extranet/nachrichten



Presseresonanz – das Difu in den Medien
Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu online erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

Smart City Blog, 21.3.2024

Digitale Beteiligung einfacher machen

Viele Tools unterstützen Kommunen dabei, digitale Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung umzusetzen. Für eine erfolgreiche Nutzung ist die Integration in eine ganzheitlich verstandene „Beteiligungstoolbox“ sinnvoll. Beitrag von Difu-Wissenschaftler Jan Abt.

➔ www.t1p.de/fdq7h

nd – Neues Deutschland, 8.3.2024

Görlitzer Park: „Wir wollen keinen Flutlichtrassen“

Interview mit Difu-Stadtforscherin Stephanie Bock über Parks als Angsträume und die Instrumentalisierung feministischer Anliegen am Beispiel des Görlitzer Parks in Berlin.

➔ www.t1p.de/4nbqq

DEMO Online, 4.3.2024

Die Wärmeplanung ist das richtige Instrument

Dass alle großen Städte 2026 Konzepte vorlegen sollen, sei machbar. Damit die Wärmewende gelingt, müsse aber mehr passieren. Christine Wilcken, Beigeordnete beim DST, im Interview.

➔ www.t1p.de/i2rtp

Global Magazin, 25.2.2024

Obst und Gemüse aus der Stadt

Obst und Gemüse aus urbanen Gärten haben oft eine schlechtere CO₂-Bilanz als die konventionelle Landwirtschaft. Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold zu Flächennutzungskonkurrenzen.

➔ www.t1p.de/d34kb

DEMO Online, 14.2.2024

„Verkehrsberuhigung führt nicht zum Kollaps“

Das Difu hat die Folgen von verkehrsberuhigenden Maßnahmen unter die Lupe genommen – mit überraschenden Ergebnissen. Difu-Wissenschaftlerin Uta Bauer im Interview.

➔ www.t1p.de/ths4g

Behörden Spiegel/NeueStadt.org

7.2.2024

Klimaneutrale Kommune – Eine Gemeinschaftsaufgabe

Der Einsatz der Kommunen für mehr Nachhaltigkeit ist maßgeblich für die Klimaneutralität. Wie können Gesamtkonzepte erstellt und verwaltet werden, um den Wandel zu steuern?

➔ www.t1p.de/i9f9g

Deutsche Welle, 6.2.2024

Critics decry Berlin's ‚behind-the-times‘ transport policy

Berlin's bike lane initiative has stalled, roads have been de-pedestrianized, and higher SUV parking fees have been ruled out. Why is the German capital now more car-friendly while other cities are de-congesting?

➔ www.t1p.de/ljc81

NDR Ratgeber, 7.2.2024

SUV vs. Kleinwagen: Was darf Parken kosten?

Paris verdreifacht die SUV-Parkgebühren. Sollte das auch in deutschen Kommunen gelten? Sind SUVs das eigentliche Problem? Gespräch mit Difu-Wissenschaftlerin Uta Bauer.

➔ www.t1p.de/izw5j

Kommunal.de, 22.1.2024

Wärmeplanung: Keine Bundesförderung für Kommunen

Ein Kommunalverband bekommt für seine Wärmeplanung nicht den erhofften Zuschuss vom Bund. Die Kosten sind jedoch ohne Förderung kaum tragbar.

➔ www.t1p.de/hyi2q

Deutschlandfunk – Systemfragen

11.1.2024

Wie Kommunen mehr für das Allgemeinwohl tun können

Städte und Gemeinden sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Wie kann das Ziel, die Ressourcen wirklich für alle einzusetzen, erreicht werden? Beitrag u.a. mit Difu-Wissenschaftlerin Sandra Wagner-Endres vom Difu.

➔ www.t1p.de/hgkfg

Transforming Economics, 10.1.2024

Nachhaltigkeitshaushalt und Nachhaltigkeitsrendite

Wie können innovative Instrumente die Steuerung kommunaler Transformation unterstützen?

Beitrag von Difu-Wissenschaftlern Henrik Scheller, Christian Raffer und Oliver Peters.

➔ www.t1p.de/o2c1x

Lage der Nation (Podcast)

28.12.2023/11.1.2024

Infrastruktur

Bröselnde Brücken & Löcher im Haushalt – wie wir beides fixen können. Zwei Podcast-Folgen zur Lage der Infrastruktur in Deutschland u.a. mit Difu-Wissenschaftler Henrik Scheller.

➔ www.t1p.de/jdoo0

Das Portal der Kinder- und Jugendhilfe, 19.12.2023

Personalbedarf in der Kinder- und Jugendhilfe

Welche Entwicklungen und Maßnahmen können die Notlage verbessern und welche Prognosen gibt es für die Zukunft?

➔ www.t1p.de/qvqqb

APuZ, Aus Politik und Zeitgeschichte, bpb, 15.12.2023

Urbane Verkehrswende

Über die drängendsten Probleme und wichtigsten Lösungsansätze zur Mobilitätswende berichten die Difu-Wissenschaftlerinnen Anne Klein-Hitpaß und Lisa Ruhrort in ihrem Beitrag.

➔ www.t1p.de/4gia8

Podcast Zukunftsorte, 12/2023

#3 SNACKPOD: Wichtigkeit des Ländlichen Raums

Difu-Wissenschaftler Wolf-Christian Strauß über die Wichtigkeit des Ländlichen Raums aus statistischer und städtischer Perspektive und über das Potenzial, das in der Wiederbelebung von Leerstand liegt.

➔ www.t1p.de/7j6t3

Podcast Stadtrederi. Reflexionen zu Stadt und Raum, 12/2023

#28 Künstlich und intelligent? Wie verändert KI die Stadtentwicklung?

Großes Potenzial oder unkontrollierbare Gefahr? In dieser Folge geht es um die Auswirkungen der KI auf Stadtplanung, Öffentlichkeitsbeteiligung und Verwaltungshandeln. Gesprächspartner war u.a. Difu-Wissenschaftler Jens Libbe.

➔ www.t1p.de/4xj1l

